37. Jahrgang | Bochum, den 14. Februar 1925 | Nummer 7

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65 | Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg. | Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38/42 | Telephon-Nr.: 4300, 4301, 4302 Telegramm: Altverband Bochum

Der 700-Millionenskandal.

Das Verlangen unseres Verbandes an die Reichsregierung, Aufklärung zu erhalten über die Zuwendungen an die Industrie anläßlich erlittenen Schadens aus der Ruhrbesetzung, ist von der Reichsregierung nach Monaten nichtssagend beantwortet worden mit dem Hinweis auf die dem Reichstag geschuldete Berichterstattung.

Wir fragten am 17. Oktober 1924:

„Wir haben erfahren, daß seitens des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Zechenverband zwecks Vergütung von Verlusten aus dem passiven Widerstand und den Micumverträgen verhandelt wird. Es sollen auch bereits Entschädigungen geleistet worden sein. Die Bergarbeiter haben einen erheblichen Teil der entstandenen Lasten getragen und schweren Schaden erlitten. Die Frage der Entschädigung ist deshalb nicht nur eine Angelegenheit zwischen Regierung und Bergbauunternehmern; die Arbeitnehmerseite hat ein Recht, zu erfahren, wie die Entschädigungsfrage geregelt wird. Wir erlauben uns daher, folgende Fragen an das Reichsfinanzministerium zu stellen und bitten ergebenst um Beantwortung derselben:

1. Nach welchen Grundsätzen erfolgt die Feststellung des Schadens?
2. In welchem Umfange findet eine Vergütung statt?
3. Welche Beträge haben die Bergbauunternehmer bis jetzt als Vergütung für Verluste aus dem passiven Widerstand und den Micumverträgen erhalten?"

Unterm 13. Januar 1925 erfolgte die erwähnte nichtssagende Antwort. In der Zwischenzeit hat die Reichsregierung auf Grund von Verhandlungen mit der westdeutschen Industrie Hunderte von Millionen an diese gezahlt, ohne dem Reichstag davon Mitteilung zu machen und ohne die betr. Summen in den Reichshaushalt einzustellen! Die Zahlungen scheinen schon im Frühjahr 1924 begonnen zu haben. Im ganzen sind

715 Millionen Mark

ausgeworfen worden, von denen bei Bekanntwerden des Skandals nur noch 60 Millionen nicht ausgezahlt waren. Es wurden ausgeworfen für:

Micumlasten für die Ruhrzechen	400 000 000 Mk.
Micumlasten für die chemische Industrie	35 000 000 „
Ruhrschäden für die Ruhrzechen	130 000 000 „
Ruhrschäden für die chemische Industrie	15 000 000 „
Aachener Gebiet, Braunkohle und Rheinschiffahrt	45 000 000 „
Sonderverfahren	70 000 000 „

Die ganze Angelegenheit ist ein

Riesenskandal, verübt von der bürgerlichen Regierung.

Alle Ausreden und Entschuldigungen der Regierung vermögen diesen Skandal nicht abzuschwächen. Die Regierung verweist darauf, daß seinerzeit niemand verlangt habe, die von der Ruhrbesetzung Geschädigten sollten auf Schadenersatz verzichten. Sie bezieht sich auf eine Entschließung unseres Verbandes (Reichskonferenz des erweiterten Vorstandes und der Bezirksleitungen), in der wir erklärten, die Ablehnung jeder Bezahlung der Sachleistungen für die Reparationen durch das Reich sei unerträglich und berge die Gefahr der Abtrennung des Rhein- und Ruhrlandes und die Errichtung eines Staates unter französischer Oberherrschaft in sich. Das arbeitende Volk an Rhein und Ruhr, das im Ruhrkampf ungeheure Opfer gebracht habe, werde es nicht verstehen, wenn die Reichsregierung nicht alles Mögliche versuche, diese Abtrennung mit ihren Folgen zu verhindern.

Seht ihr wohl, sagt nun die Reichsregierung, auch der Bergarbeiterverband war für die Entschädigung, die wir nun geleistet haben. So liegt die Sache aber nicht.

Wir haben nichts zurückzunehmen von unserer damaligen Erklärung, die übrigens die Meinung jedes nicht Verrückten sein mußte.

Wir haben verlangt, daß die Regierung die Sachlieferungen bezahle, wie sie sie früher bezahlt hatte!

Die Regierung hat das unter Hinweis auf die zusammengebrochenen Finanzen abgelehnt!

Wir haben verlangt, daß die Micumlasten auf das ganze Reich, die ganze deutsche Wirtschaft umgelegt werden sollten. Die Reichsregierung und (im preußischen Landtag) alle Bürgerlichen und die Kommunisten haben das noch im Frühjahr 1924 abgelehnt!

Es war selbstverständlich, daß dem Ruhrbergbau die Kohlensteuer, die er doppelt zu zahlen hatte, vom Reich ersetzt werden mußte. Es war auch selbstverständlich, daß das Reich Ersatz leisten mußte für Sachlieferungen.

Aber das ist ja nicht der Kern der Sache. In Wirklichkeit liegt es doch so:

Die Ruhrindustrie hat monatelang mit falschen Berechnungen über die Micumlasten operiert, um die dringendsten Lohnforderungen der Bergarbeiter abzulehnen und die Arbeitszeitverlängerung zu begründen.

Sie hat die letztere erreicht und die Löhne im Dezember 1923 und Januar 1924 von 5,25 auf 4,20 Mk. im Durchschnitt gesenkt. Dabei hat insbesondere das Reichswirtschaftsministerium tatkräftigste Hilfe geleistet. Immer hat es in dieser Zeit die Unternehmer gestützt, hat die übliche Selbstkostenkontrolle eingestellt, „weil sie in der Zeit, in der die Herren aus der Industrie solche Opfer brachten, nicht vornehm gewesen wäre"! Und das Reichsarbeitsministerium hat dabei getreulich assistiert. Beide Ministerien haben die Klagen der Unternehmer noch unterstützt zu einer Zeit, in der sie Kenntnis haben mußten von den Zuwendungen an die Ruhrindustrie!

Die Ruhrindustriellen haben später die notwendigsten Lohnerhöhungen bekämpft, sie haben es im Mai 1924 zur Aussperrung getrieben! Und immer war ihre Rede: die Löhne der Bergarbeiter sind zu niedrig, aber wegen der Micumlasten usw. können wir nicht mehr zahlen. Als die Micumlasten aufhörten, waren es die Steuern und sozialen Lasten, die für die Ablehnung von Lohnforderungen herhalten mußten.

Und die Reichsregierung? Mit 1 Mark Zulage im Monat speiste sie Sozialrentner ab! Dringend notwendige Erhöhung der Unfallrenten, der Erwerbslosenunterstützung, die nur wenige Dutzend Millionen gekostet hätten, lehnte sie aus finanziellen Rücksichten ab. Und erst die Ausgewiesenen aus dem Ruhrgebiet! Wie hat das Reich den Eisenbahnern gelohnt! Wie mancher Ausgewiesene ist schandhaft behandelt worden, weil er nicht ein hoher Herr, sondern ein armer Teufel war. Wieviel berechtigte Klagen haben heute noch Grenz- und Auslandsdeutsche!

Nicht die Entschädigung an sich ist der Skandal. Ein Skandal, der Deutschlands Achtung in der Welt herabsetzen, der das deutsche Volk zu empörtem Protest veranlassen muß, ist **die Unverschämtheit, mit der die Not der Aermsten im Lande mißachtet, verhöhnt und zu gleicher Zeit den Schwerindustriellen gegen das Recht, das der Reichstag hat, 655 Millionen Mark zugeschanzt wurden!**

1923 hat man noch mit Arbeitern und Angestellten über die Grundsätze verhandelt, nach denen nach Recht und Billigkeit die durch die Ruhrbesetzung entstandene Not gemildert und Schäden abgegolten werden sollten. 1924, nach den Maiwahlen, hielt Herr Dr. Luther das nicht mehr für notwendig. Der deutsche Arbeiter war ja so dumm, sich einen reaktionären Reichstag zu wählen. Da brauchte man doch nicht mehr die Rücksicht zu nehmen, die früher üblich war. Der Herr Reichsfinanzminister und jetzige Reichskanzler Dr. Luther hatte immer ein feines Gefühl dafür, wo die Macht lag! Und er wußte sich immer geschmeidig „auf den Boden der Tatsachen zu stellen", wenn dabei auch etliche Glieder- oder Geistverrenkungen nötig waren. Aber diesmal dürften sich sowohl die geschmeidigen wie die brutalen Richtachter des Rechts getäuscht haben!

Das arme Volk verlangt Ersatz seines Schadens, Hilfe in seiner Not, wenn man aus den Steuerüberschüssen von dreiviertel Jahren fast dreiviertel Milliarde der Ruhrindustrie zahlen kann!

Für das ganze Rechnungsjahr 1924/25 rechnete die Reichsregierung mit einem Steueraufkommen von 5243,7 Millionen Mark. In den ersten neun Monaten sind aber schon 5293 Millionen eingegangen! Und wer hat sie in der Hauptsache gezahlt? Es brachten in diesen neun Monaten ein:

Lohnsteuer	1 059 000 000 Mk.
Umsatzsteuer	1 511 000 000 „
Beförderungssteuer	279 000 000 „
Zölle und Verbrauchssteuern . .	1 195 000 000 „

Der Massenverbrauch erbrachte 4044 Millionen Mark, die Besitzbesteuerung 1249 Millionen! Das arme Volk zahlte die Steuern in der Hauptsache.

Für soziale Zwecke: Reichszuschüsse zu den Invalidenrenten, Wochenhilfe, Erwerbslosenfürsorge, Kriegsteilnehmerbeihilfen, Notstandsbeihilfen, Wohlfahrtspflege usw. gab das Reich 325 Millionen Mark aus, jede Mark für die Aermsten mußte in zähem Kampf mit den Regierungsvertretern im Parlament erzwungen werden; der Ruhrindustrie zahlte man gesetzwidrig, weil ohne Genehmigung und Kontrolle des Reichstags, fast 700 Milliarden Mark!

So sieht der Bürgerblock aus, den Millionen dumme, verhetzte Proletarier mit schaffen halfen!

Die Reichsregierung hat bis zum 6. Februar die Vorlage einer Denkschrift an den Reichstag versprochen. Bei Abfassung dieses Artikels lag sie uns noch nicht vor. Wir werden in der nächsten Nummer darauf zurückkommen. Wir werden dann sehen, wie die dreiviertel Milliarden verteilt wurden. Was wir aus der Denkschrift nicht ersehen, werden wir von der Regierung im Reichstag erfragen.

Aber wir werden auch die Bergbauunternehmer fragen, ob sie nun nicht endlich auch der Meinung sind, daß der Bergbau die Möglichkeit und die moralische Verpflichtung hat,

Neuwahl der Betriebsvertretungen.

Wie alljährlich, sind auch im Jahre 1925 die Neuwahlen der Betriebsräte einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar und März durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1924 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen; maßgebend sind § 23 bezw. §§ 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1925 gebildet worden sind, legen nicht nieder, sondern bleiben im Amte. Ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1924 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61 und 62 BRG. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften, für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht. Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Neuwahlen sind sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll, S. 419/20, außerdem enthalten in der „Betriebsräte-Ztg." 1923, Seite 32 und der „Gewerkschafts-Ztg." Nr. 1 von 1925, Seite 11). Hiernach ist genau zu verfahren.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Nunmehr frisch ans Werk! Schwere Zeiten des passiven Widerstandes, der Inflation und der Kämpfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit liegen hinter uns, neue schwere Kämpfe stehen uns bevor.

Ehrensache der Arbeiterbewegung muß es sein, daß kein Betrieb, für den eine Betriebsvertretung zuständig ist, ohne dieselbe ist. Nur so sind die Rechte der Arbeiter und der Ange-

Gewinnung der noch nicht den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter und Angestellten ausgenutzt werden. Denn ohne starke Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten und

ohne starke Gewerkschaften gibt es überhaupt keinen Kollektivismus und keine Arbeiterrechte.

Nur starke Gewerkschaften gewährleisten die Macht der Arbeiter. Die Unternehmer sind mächtig am Werke. Ihre Presse veranstaltet Umfragen über die Bewährung der Betriebsräte. Das Ergebnis ist eine Ehrung der Betriebsräte, denn die Unternehmer stellen betrübt fest, daß die Betriebsräte sich nicht für den Profitinternationalismus gebrauchen ließen. Aber die Unternehmer sind hartnäckig. Teile und herrsche ist ihre Parole. Sie wollen die Betriebsvereinbarung und die Werksgemeinschaft, um die Gewerkschaften und die Tarifverträge zu zerschlagen und für diese Zwecke glauben die Unternehmer die Betriebsräte mißbrauchen zu können.

Das ist ihnen noch nicht gelungen und das wird ihnen auch nicht gelingen. Die Kommunistische Partei arbeitet, wie überall, so auch hier den Unternehmern in die Hände; die kommunistische Betriebszellenpolitik kommt den Unternehmerabsichten entgegen, wie ja immer die Kommunisten durch die Zerschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung die Unternehmergeschäfte besorgen. Diesen beiderseitigen Angriffen müssen die Arbeiter und die Angestellten die Parole:

Einigkeit macht stark!

entgegenstellen.

Die Betriebsräte-Neuwahlen 1925 müssen unter dem Zeichen der freigewerkschaftlichen Ziele und Forderungen stehen. In diesem Jahre finden die Gewerkschaftskongresse des AfA-Bundes und des ADGB. statt, die Betriebsvertretungen und die Belegschaften aller Betriebe müssen hinter diesen Kongressen stehen, alle Arbeiter und alle Angestellten müssen den freien Gewerkschaften angehören.

An die Arbeit!

Die Betriebsvertretungsneuwahlen 1925 müssen unter der Parole: „Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften!" geführt werden.

Berlin, den 1. Februar 1925.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

zahlen und ihnen erträgliche Arbeitszeit zu geben?

An der Antwort werden die Bergleute sehen, was der Bürgerblock ist, was von den sozialen Phrasen seiner Regierungserklärung und was von dem sozialen Empfinden der Unternehmer zu halten ist.

Wir könnten die Antwort wohl heute schon geben. Aber warten wir ab! Die Lehre für den Bergmann wird sein:

Hilf dir selbst durch starke Organisation, sonst hilft dir niemand!

* *

Den Kommunisten ist natürlich auch diese Gelegenheit recht, den ADGB. und den Bergarbeiterverband zu verleumden und in den Augen der Bergarbeiter herabzusetzen. Weil der ADGB. und die AfA in ihrer Erklärung sagen:

„Ohne prinzipiell jede Reichsentschädigung für die durch die Ruhrbesetzung erwachsenen tatsächlichen Verluste abzulehnen", sind sie nach der „Roten Fahne" und ihren Ablegern im Lande „für Liebesgaben an die Ruhrindustriellen".

Wir fragen: Mit welchem Recht kann man prinzipiell jede Reichsentschädigung für die durch die Ruhrbesetzung erwachsenen tatsächlichen Verluste ablehnen? Das kann man rechtlich überhaupt nicht begründen, man kann die Entschädigung, zu der nach unserer Meinung das Reich verpflichtet ist, nur abstufen nach den Mitteln, die das Reich zur Verfügung hat und nach der sozialen Bedürftigkeit der Geschädigten.

Das sind neben der Wahrung der Bewilligungs- und Kontrollrechte des Reichstags die Grundsätze, nach denen diese Frage geregelt werden muß.

Im übrigen: Wir sind es gewesen, unser Verband war es, der die Hilfe des Reichs für das Ruhrgebiet 1923/24 verlangte und der neuerdings auch die Frage der Entschädigung aufwarf und den Stein ins Rollen brachte, die Aufklärung erzwang! **Vergeßt das nicht, wenn Verblendete auf uns schimpfen und uns verleumden!**

* *

Erklärung des Bergarbeiterverbandes.

Vergebliches Bemühen.

Durch die Tagespresse wird eine Notiz verbreitet, in der behauptet wird, der Bergarbeiterverband habe sich für die jetzt bekannt gewordenen Entschädigungen an die Ruhrindustrie eingesetzt. Er soll durch seine auf der Reichskonferenz vom 20. Okt. 1923 gefaßte Entschließung auf die damalige Regierung eingewirkt haben, damit diese einen derartigen Beschluß fasse. Demgegenüber stellen wir fest:

Am 19. Oktober 1923 abends fand in Berlin in dem Gebäude der Fachgruppe Bergbau eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des Bergbaues statt. In dieser Sitzung berichtete Oberbergrat v. Velsen über die bis dahin stattgefundenen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum. Am Schlusse seines Berichtes machte derselbe die Mitteilung, die Regierung habe erklärt, ab 20. Oktober die Zahlung der Zuschüsse an das Ruhrgebiet einzustellen. Eine Bezahlung der zu liefernden Reparationskohle könne ebenfalls nicht in Aussicht gestellt werden. Was dann werden solle, wisse man nicht, fügte v. Velsen hinzu.

Stinnes erklärte dazu: In wenigen Tagen würde die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebiets, vom Hunger getrieben, zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Die Loslösung des Rhein- und Ruhrgebiets und die Errichtung des Rhein-Ruhrstaates sei die Folge. Komme es so weit, dann müsse sofort versucht werden, zu einer Regelung der Rhein-Ruhrwirtschaft mit den Franzosen zu gelangen. Für diesen Fall fordere er die Hilfe der Gewerkschaften.

Generaldirektor Vögler bemerkte, daß, wenn der Rhein-Ruhrstaat nicht zu umgehen sei, sofort mit den Franzosen in Verhandlungen getreten werden müsse über eine möglichst günstige Grenze dieses Rhein-Ruhrstaates.

Die Arbeitnehmervertreter lehnten solche Gedankengänge ab.

Angesichts der Tatsache, daß die Regierung die Zahlungen für das besetzte Gebiet einstellen wollte und der drohenden Gefahr der Errichtung eines selbständigen Rhein-Ruhrstaates sah sich der Bergarbeiterverband veranlaßt, in seiner am nächsten Tage in Berlin stattgefundenen Reichskonferenz zu dieser Lage Stellung zu nehmen.

Das Ergebnis der Stellungnahme wurde in einer Entschließung niedergelegt und diese dem Reichskanzler unverzüglich übermittelt. In der Entschließung wird verlangt, daß das Reich die Bezahlung der Sachleistungen für die Reparationen übernimmt und diese nicht dem besetzten Gebiet überlasse. Die Nichtzahlung würde das Chaos im Ruhrgebiet und die Abtrennung des Rhein-Ruhrgebiets vom Reiche sowie die wahrscheinliche Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates unter französischer Oberhoheit bedeuten.

In der Entschließung wurde mit keinem Worte etwas über Entschädigungen gesagt. In ihr kam nur der Standpunkt zum Ausdruck, den der Bergarbeiterverband und auch die übrigen Bergarbeiterorganisationen stets vertreten haben, nämlich, daß es nicht angehe, das besetzte Gebiet zur Reparationsprovinz zu machen.

* *

Die Gewerkschaften zur Ruhrentschädigung.

Ein Schreiben der Spitzenverbände.

Der Allgem. Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund, die beiden großen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die über 7½ Millionen Mitglieder umfassen, haben folgendes Schreiben an den Deutschen Reichstag gerichtet:

An den Deutschen Reichstag, Berlin.

Die unterzeichneten Spitzenverbände der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften Deutschlands erheben gegen die von der Reichsregierung an die schwere und chemische Industrie von Rheinland-Westfalen bewilligte und zum größten Teil auch bereits ausgeschüttete Gesamtentschädigung von 715 Millionen Goldmark schärfsten Einspruch. Sie verurteilen die von der Regierung eingeschlagene Art des Vorgehens, die Riesenhöhe der bewilligten Summe und den völligen Mangel jeder ausreichenden staatlichen Kontrolle. Ohne prinzipiell jede Reichsentschädigung für die durch die Ruhrbesetzung erwachsenen tatsächlichen Verluste abzulehnen, die selbstverständlich für alle Beteiligten nach gleichen Grundsätzen zu erfolgen hätte, muß es von dem von schwerer Not bedrückten deutschen Volk als unerträglich empfunden werden, wenn Reichsmittel je nach dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß einzelner Interessentengruppen und ohne jede Rücksicht auf die soziale Lage,

Während die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die als Hauptträger des passiven Widerstandes neben schwersten Opfern materieller Art auch persönlich Verlust von Angehörigen, Ausweisung, Zerreißung ihres Familienlebens ertragen mußten, mit geringen Bruchteilen ihrer Ansprüche abgefunden wurden und teils heute noch an den bitteren Folgen des Ruhrkampfes zu leiden haben, wird der rheinischen Großindustrie über den erfahrenen Schaden hinaus eine Summe verabreicht, die 15 Proz. des gesamten Einnahmeetats des Reiches für 1924 ausmacht.

Dies alles vollzieht sich in einer Zeit, in der das Reich seine sonstigen notwendigen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabgesenkt hat und für die gesamten sozialen Zwecke im neuen Etat nur eine Summe von 300 Millionen Goldmark zur Verfügung stellt. Die Sachschäden der eigentlichen Ruhrkämpfer sind unter Hinweis auf diese Finanznot des Reiches nur zu einem kleinen Teil ersetzt worden; die mittleren und kleineren geschädigten Unternehmungen sollen insgesamt mit 70 Millionen Mark abgefunden werden, während die Großindustrie ohne jede gesetzliche Grundlage bereits nicht weniger als 645 Millionen Goldmark zugewiesen erhalten hat.

Die offizielle Erklärung der Reichsregierung, daß sich diese gewaltige Ausschüttung von Reichsgeldern auf einen Brief des Reichsministers Stresemann an Hugo Stinnes vom 13. November 1923 stützt, kann niemals als eine staatsrechtliche Grundlage für solche außerhalb des Etats liegenden Riesenausgaben des Reiches anerkannt werden.

Dieser Amtsmißbrauch ist um so mehr zu verurteilen, als statt einer individuellen Kontrolle der den einzelnen Großbetrieben tatsächlich erwachsenden Schäden die Gelder den Industrieverbänden überwiesen wurden, deren Kontrolle über die einzelnen Schadensrechnungen in keinem Falle als Ersatz für die unterbliebene Prüfung durch die Reichsorgane angesehen werden darf. Dabei ist die Frage aufzuwerfen, ob und inwieweit die nach Abschluß des passiven Widerstandes gestundeten Steuern (Kohlen-, Umsatz-, Körperschaftssteuern usw.) nachträglich entrichtet worden sind.

Durch die schärfste Anspannung der Steuerschraube, vor allem durch hohe Verbrauchs- und Lohnsteuern und eine starke Belastung der Gewerbetreibenden ist im abgelaufenen Jahr ein Etatsüberschuß von 940 Millionen Goldmark erzielt worden, von dessen Gesamtertrag jetzt über 75 Proz. den erwähnten Industriellen ausgezahlt worden sind.

Bei den Schiedssprüchen der Schlichtungsinstanzen war der Hinweis auf die von den Zechen zu tragenden Micumlasten entscheidend, um die Löhne niedrig zu halten, die Arbeitszeit zu verlängern. Die hohen, weit über den Friedenssätzen liegenden Kohlenpreise wurden der Oeffentlichkeit damit mundgerecht gemacht, daß die Zechen alle Lasten des Ruhrkampfes selbst zu tragen hätten. Tatsächlich sind jene Unternehmer doppelt entschädigt worden: einmal durch niedrige Löhne, hohe Preise und Steuerstundung, zum anderen durch die jetzt erfolgte Reichsentschädigung.

Eine Anfrage des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober vorigen Jahres ist jetzt nach vier Monaten beantwortet worden (nichtssagend! Red.), eine Bestätigung dafür, daß diese Zuwendung des Reiches an die Zechenbesitzer erst nachträglich bekannt werden sollte.

Diese Vorgänge haben, vornehmlich unter den Belegschaften der entschädigten Unternehmungen, Erbitterung und Empörung ausgelöst. Für die Arbeiter und Angestellten jener Werke bildete die Generalkündigung zum Zwecke des Lohndrucks und der Beseitigung des Achtstundentages den Abschluß des passiven Widerstandes. Die Belegschaften der von der Micum beschlagnahmten Betriebe sind wider Recht und Gesetz nach Rückgabe an die deutschen Besitzer von diesen fristlos entlassen worden; nur ein Teil wurde zu verschlechterten Bedingungen wieder eingestellt, die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute zum großen Teil gemaßregelt. Das Reichsarbeitsministerium hat ihnen seinen Schutz versagt und sie auf den Weg verwiesen, ihre Ansprüche bei der Micum in Paris geltend zu machen! Etwa 7000 Arbeiter und Angestellte, darunter solche mit einer mehr als 30jährigen Dienstzeit, sind allein auf diese Weise brotlos gemacht worden. Den erst von der Besatzung gepeinigten, dann von ihren deutschen Arbeitgebern auf die Straße gesetzten Angestellten und Arbeitern ist bisher keine Entschädigung vom Reich bewilligt worden, während die Nutznießer ihrer Not aus Reichsgeldern eine unverdiente Bereicherung erfahren sollen.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsbünde erwarten von den Parteien des Reichstages eingehende Untersuchung dieser Vorgänge und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Gesamtregelung, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht.

Berlin, 3. Februar 1925.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. P. Graßmann.
Allgemeiner freier Angestelltenbund. S. Aufhäuser. W. Stähr.

Internationale Konferenz in Hannover.

Am 1. und 2. Februar tagte in Hannover das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale. Auf der Tagesordnung stand neben internen Organisationsfragen die Errichtung des permanenten Sekretariats, Aussprache über den Dawesplan und über eine Delegation nach Rußland. Die Errichtung des Sekretariats (bis jetzt werden die Geschäfte nebenamtlich geführt) sollte erfolgen, sobald alle Organisationen den für das erste Jahr erforderlichen Beitrag von 5 Pf. pro Mitglied gezahlt hätten. Die amerikanische Organisation kann aber erst auf ihrem demnächst stattfindenden Jahreskongreß Stellung zu diesem Beschluß nehmen. England macht seine Zahlung vom Beitrag Amerikas abhängig, die Errichtung mußte deshalb bis zur nächsten Sitzung verschoben werden. Für den deutsch-belgischen Vorschlag, der verschiedentlich unterstützt wurde, mit den vorhandenen Mitteln zu beginnen, konnte keine Einmütigkeit erzielt werden.

Die Aussprache über den Dawesplan ging aus von einem schriftlich vorliegenden Bericht der deutschen Delegation über die Auswirkungen dieses Planes. Der deutsche Bericht setzt auseinander, wie die Kohlenlage Deutschlands sich seit dem Kriege entwickelte. Die deutschen Arbeiter mußten für diesen Plan eintreten, da er gegenüber der bisherigen Gewaltpolitik einen Fortschritt auf dem Wege zur Völkerverständigung darstellte. Wie der Plan sich praktisch auswirken wird, ist heute noch nicht zu übersehen.

Die Aussprache war eine sehr rege, alle Delegationen beteiligten sich daran und gaben bei dieser Gelegenheit eine Uebersicht über die Lage des Kohlenbergbaues in ihren Ländern. (Einen schriftlich vorliegenden polnischen Bericht drucken wir ab, da er von besonderem Interesse für die deutschen Bergarbeiter ist.) Auch in den anderen Ländern zeigt sich das Bestreben der Unternehmer, die Produktionskosten zu senken durch Druck auf Lohn und Arbeitszeit. Sogar in England macht sich das geltend, doch hoffen die englischen Bergleute, diesen Anschlag abwehren zu können. England hat 120 000 arbeitslose Bergleute, 250 Gruben liegen still, die einzelnen Kohlenreviere machen sich nebeneinander Konkurrenz. Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, wird man vielleicht zu der Fünf-Tage-Woche kommen müssen.

Die Selbstverständlichkeit, mit der man den Plan einer wöchentlichen Feierschicht für ganz England ins Auge faßt, ist bezeichnend für den Geist der Solidarität und des sozialen Empfindens in England. Der Lohn ist in England seit dem Frieden um 63 Prozent gestiegen, die Kosten der Lebenshaltung aber um 80 Prozent. Die Gesamt-Durchschnittslöhne betrugen im November 1924 in Schottland 10,5½ Schilling, Northumberland 9,6 Sch., Durham 9,11½ Sch., Südwales 10,10 Sch.,

Ein ungenügender Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Die „Micumentschädigung" für die Bergarbeiter.

Die im Ruhrbergbau schwebenden Fragen der Arbeitszeit führten am 5. Februar zu Verhandlungen des Schlichtungsausschusses und wurden durch einen Schiedsspruch gekrönt, der als völlig ungenügend bezeichnet werden muß.

In unserer vorhergehenden Nummer haben wir die sehr weitgehenden Wünsche der Unternehmer veröffentlicht. Sie forderten u. a. den Weiterlauf der bisherigen Regelung bis zum 1. März 1926 mit der Abänderung, daß **auf den südlichen Randzechen und auf einer Anzahl noch näher zu bestimmenden Zechen die Schichtzeit 8½ Stunden für die Untertagearbeiter betragen solle.**

Bei nüchterner Betrachtung der Dinge ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Unternehmer ihre Forderungen mit Absicht über das erreichbare Ziel weit hinausspannten, um der unternehmerfreundlichen Regierung in Berlin einen Wink zu geben, in welchem Sinne dieselbe auf ihre ausführenden Schlichtungsinstanzen einwirken solle. Auf jeden Fall steht fest, daß die Vorschläge der Gewerkschaften, über Tage die Achtstundenschicht wieder einzuführen und unter Tage die siebenstündige Schicht durch eine halbe Stunde Mehrarbeit zu ergänzen, der wirtschaftspolitischen wie sozialpolitischen Tragbarkeit bedeutend näher kommen als die Vorschläge der Unternehmer. Trotzdem wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den Unternehmern bedeutend weiter entgegenkommt als den Arbeitern. Der Schiedsspruch, der erst nach sehr langwierigen Verhandlungen zustande kam, lautet:

Schiedsspruch:

Die Mehrarbeit im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets wird wie folgt geregelt:

1. a) **Zu der Schichtdauer der Arbeiter unter Tage, die vom Beginn der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt 7 Stunden beträgt, tritt eine Mehrarbeit von einer Stunde.**

   b) **An Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius beträgt die Arbeitszeit vor Ort dementsprechend 5 plus 1 Stunde und die Schichtzeit 6 plus 1 Stunde. Auf den Zechen, in denen mehr als 50 Prozent der unterirdischen Belegschaft in Temperaturen über 28 Grad Celsius arbeiten, dauert die Schichtzeit für die in diesen Temperaturen arbeitenden Belegschaften 6½ plus 1 Stunde.**

   c) **Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage, soweit sie unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, beträgt dementsprechend 8 plus 1 Stunde. Als an der Förderung unmittelbar beteiligt gelten Anschläger, Hilfsanschläger, Aufschieber und Abnehmer.**

2. a) **Für Stockkesselheizer, für Kesselreiniger, soweit sie ihre Arbeiten im Kesselinnern verrichten müssen, sowie für Bleilöter beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden. Sonntagsarbeit regelt sich nach bisheriger Uebung.**

   b) **Die Arbeitszeit für die an Koksöfen beschäftigten Arbeiter regelt sich ab 1. März nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Arbeitszeit in Kokereien und Hochofenwerken vom 20. Januar 1925.**

   c) **Die tägliche Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Tagesbetrieben beträgt 10 Stunden. Sonntagsarbeit regelt sich nach der bisherigen Uebung. Arbeitsbereitschaft in den Pausen ist zugelassen.**

   d) **Für die übrigen Tagesarbeiter beträgt die Arbeitszeit ausschließlich der Pausen für die sechs Wochentage**

      a) **auf Anlagen mit zwei Förderschichten 58 Stunden mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit am Samstag nicht mehr als 8 Stunden beträgt,**

      b) **auf Anlagen mit einer Förderschicht durchschnittlich 59 Stunden, wobei mindestens an jedem zweiten Samstag die Auch bei dieser Regelung beträgt die Arbeitszeit der Nachtschicht 58 Stunden in der Woche. Die Kurzschicht am Samstag ist als volle Schicht zu vergüten.**

3. **In den Tagesbetrieben, in denen bereits vor oder während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet worden ist, und in denen gegenüber früher keine wesentlichen betrieblichen Veränderungen eingetreten sind, gilt wieder diese Arbeitszeit, es sei denn, daß die verkürzte Arbeitszeit durch die besondere Schwere der Arbeit oder aber die besondere Beschaffenheit der Arbeitsstätte (Hitze, schlechte Luft) bedingt war und die Voraussetzungen dafür fortgefallen sind. Veränderungen, die aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommen worden sind, zählen nicht hierunter. Einen gegen den bisherigen Zustand erweiterten Anspruch auf Verlängerung der Arbeitszeit soll die neue Fassung dieser Ziffer nicht geben.**

4. **Bei Streitigkeiten, die sich aus Ziffer 3 (Wegfall von Voraussetzungen) ergeben, entscheidet eine für das ganze Revier zu vereinbarende Schiedsstelle, bestehend aus je einem von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ernannten Vertreter endgültig und bindend entscheidet. Den Vorsitzenden und seine Stellvertreter bestimmt der Berghauptmann in Dortmund. Die Kosten der Schiedsstelle tragen die Parteien anteilig.**

5. **Die in § 3 des Rahmentarifvertrages vorgesehenen Zuschläge werden erst für eine Arbeit gewährt, die über die in diesem Abkommen festgesetzten Arbeitszeiten (regelmäßige Arbeitszeit plus Mehrarbeit) hinaus geleistet wird.**

6. **Diese Regelung gilt ab 1. März 1925 bis zum 31. Juli 1925 und kann von diesem Zeitpunkt ab mit zweimonatiger Frist erstmalig für den 30. September 1925 gekündigt werden. Eine spätere Kündigung kann zum Schlusse jedes Monats mit zweimonatiger Frist erfolgen. Im Falle der Kündigung treten die Parteien spätestens eine Woche nach erfolgter Kündigung zu neuen Verhandlungen zusammen.**

   Erklärungsfrist bis 12. Februar 1925.

Die Vertreter der Arbeiter, die als Beisitzer im Schlichtungsausschuß mitwirkten, stimmten nur den Absätzen a) und b) der Ziffer 2 zu. Alle übrigen Punkte lehnten sie mit dem berechtigten Hinweis auf die dadurch verursachte sozialpolitische Gefährdung der Arbeiterschaft ab.

Ganz besonders eigenartig berührte die Tatsache, daß wieder an diesen Verhandlungen beauftragte Regierungsräte als Vertreter der Behörde teilnahmen und eine eigenartige Betriebsamkeit entwickelten. Man mußte den Eindruck haben, daß die maßgebenden Regierungsinstanzen in Berlin ein erhebliches Interesse an einer Durchsetzung der Unternehmerwünsche haben. Diese immer stärker sich offenbarende Freundschaft der Regierungsstellen für die Unternehmer hat schon manche dunkle Erinnerung hinterlassen. So ist noch in allgemeiner Erinnerung, daß die Regierung stets helfend hinter den Ruhrindustriellen stand, wenn dieselben während der vergangenen Perioden erklärten, sie könnten den Wünschen der Arbeiter in Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes nicht entgegenkommen, weil die Ruhrindustrie durch die Micumleistungen, die wahrscheinlich nicht ersetzt würden, zu stark belastet sei. Heute steht nun fest, daß die damaligen Klagen der Unternehmer zum größten Teil unberechtigt waren, da die erlittenen Schäden ersetzt wurden. An dieser Entwicklung der Dinge ist auch zu erkennen, wie wenig Gewicht auf die Erklärungen der Unternehmer zu legen ist, da dieselben meist mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. Trotz dieser Wendung war bei den diesmaligen Verhandlungen nichts davon zu merken, daß die Regierungsvertreter nun einmal im gegenwärtigen Sinne gewirkt und die Sache der Arbeiter etwas vertreten hätten.

Die organisierten Bergarbeiter werden den Schiedsspruch prüfen und ihre Entscheidung nach den Umständen zu fällen wissen, die für die Gestaltung der machtpolitischen Situation im Revier maßgebend

Ostrevier 11,4½ Sch., Nord-Wales 9,4½ Sch., Sommerse 8,5 Sch., Kent 12,10 Sch., Lancashire 10,1 Sch. Der Gesamtdurchschnitt für England beträgt 10,6½ Schilling. Die Unternehmer wollen eine Verminderung der Selbstkosten um 5 Sch. pro Tonne, was aber nur möglich wäre durch Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck, wogegen sich die Bergarbeiter mit aller Macht wehren werden.

Zum Dawesplan sprachen sich Belgier und Franzosen sympathisch aus, weil sie einen Fortschritt darin sehen. Die Engländer sind nicht einig, ein Teil der englischen Bergarbeiterschaft ist Gegner des Planes, weil er eine schlechte Rückwirkung auf andere Kohlenländer fürchtet, ein anderer Teil hält also Reparationen für unsinnig, da sie auf die Dauer weder dem Bezahler noch dem Empfänger nützen. Zu einer abschließenden Beurteilung sind die englischen Kameraden aber noch nicht gekommen. Die Debatte endete mit der Annahme folgender Entschließung:

„Das Internationale Komitee nimmt Kenntnis von dem schriftlichen Bericht der deutschen Delegation über die Auswirkungen des Dawesplanes, in welchem erklärt wird, daß der Dawesplan gegenüber dem früheren Zustand des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zwanges einen Fortschritt darstellt. Das Komitee empfiehlt den Landesorganisationen, die Wirkungen des Dawesplanes weiterhin zu studieren und fordert sie auf, darüber einen schriftlichen Bericht einzureichen, damit die nächste Komiteesitzung Stellung nehmen kann."

Zur Bergarbeiterdelegation nach Rußland hatte die letzte Konferenz in Brüssel die Vorbedingungen formuliert. Danach sollte eine solche Delegation des Internationalen Bergarbeiterbundes nur erfolgen, wenn in bezug auf die Auswahl der Teilnehmer (Delegierte und Dolmetscher) völlige Freiheit und Sicherheit gewährleistet sei. Wenn auch nur einem Teilnehmer Schwierigkeiten gemacht würden, sollte die Delegation unterbleiben. Ferner sollte die Delegation ihre Kosten allein bestreiten und keine Zuwendung der Sowjetregierung in irgendeiner Form annehmen. Sie müßte auch die Garantie haben, daß sie unbeeinflußt wirklich alles sehen und studieren könnte, was sie wünschte.

Der Präsident des Intern. Bergarbeiterbundes, Herbert Smith, hat als Teilnehmer der englischen Gewerkschaftsdelegation Rußland und dessen Bergwerksdistrikte besucht. Er konnte keinen ausführlichen Bericht geben, weil der amtliche Bericht der Delegation noch nicht vorliegt. Smith ist aber nicht als Bolschewist oder Kommunist von Rußland zurückgekommen. Er hat in Rußland sehr viel Rückständigkeit gefunden, aber auch manches, von dem er wünscht, daß die Bergleute in anderen Ländern es ebenso hätten. Er wünscht deshalb eine besondere Delegation des Bundes nach Rußland, meint aber, daß man die Fahrpreisermäßigung, wie sie in Rußland den Gewerkschaften zugestanden wird, wohl in Anspruch nehmen könne, wie es die englische Delegation auch getan habe.

Deutschland spricht sich für die Delegation aus, sofern die Vorbedingungen erfüllt werden können. Die meisten anderen Länder haben sich noch nicht entschieden, können zum Teil auch wegen der Kosten nicht teilnehmen. Vor dem Sommer kann die Reise nicht stattfinden, weil sonst die Kosten (Beschaffung von Winterkleidung) zu hoch würden. Die nächste Komiteesitzung, die im April in Brüssel stattfindet, soll entscheiden. Damit hatten die Arbeiten der Konferenz ihr Ende erreicht.

* *

Kommunisten und Bergarbeiterinternationale

Ein Wort muß noch gesagt werden zu diesem Kapitel. Cook, der stellvertretende Sekretär unserer Internationale, gilt als Kommunist. Er hat der Kommunistischen Partei einige Monate angehört, ist dann aber ausgetreten. Politisch ist er aber noch Kommunist. Die kapitalistische und kommunistische Presse operiert alle Augenblicke mit irgend einer Rede oder einem Artikel von Cook. Das ist zwar nur Cooks persönliche Meinung, aber man weiß ja, wie solche Meinung eines Führers gewertet wird. Es war deshalb von Interesse, von dem Präsidenten Smith zu hören, daß er nicht wünsche, daß aus solchen persönlichen Meinungsäußerungen Schwierigkeiten in unserer Internationale entständen. Wenn Cook ein weiser Mann sei, würde er das unterlassen. Sollten aber solche Schwierigkeiten entstehen, so müßte einer von ihnen, Cook als Sekretär oder er als Präsident, seinen Platz räumen. Auch aus der Rede, die Smith in einer Konferenz des Allrussischen Bergarbeiterverbandes hielt, ist bemerkenswert, daß er sich für die Aufnahme des russischen Verbandes in unsere Internationale aussprach, wenn man sich vorher über die Taktik einigen könne. Wenn die Russen die verschiedentlich von unserer Internationale formulierten Bedingungen erfüllten: Unabhängigkeit des russischen Verbandes von der Staatsgewalt, Einstellung des Kampfes gegen unsere Gewerkschaften usw., dann ließe sich natürlich über den Anschluß reden. Aber wir fürchten, daß diese Bedingungen noch lange nicht erfüllt werden.

Welch große Hoffnungen die Kommunisten auf Cook setzen, zeigt der Umstand, daß die „Rote Fahne" einen kurzen Bericht über die Tagung in Hannover brachte, den sie mit der Ueberschrift versah:

„Cook bleibt Sekretär. — Hodges nicht gewählt."

Wir stellen demgegenüber fest, daß Cook Stellvertreter Hodges' wurde, als dieser in die Regierung eintrat. Der Bund will nun vor der Einrichtung des permanenten Sekretariats keinen Personenwechsel vornehmen und so bleibt Cook bis dahin stellvertretender Sekretär. Auf der abgeschlossenen Kandidatenliste für das permanente Sekretariat steht Cook nicht! Diese Spekulation der KPD. ist also falsch. Sie ist um so falscher, als Cook es für richtig hält, in der „Roten Fahne" eine von ihm persönlich unterzeichnete Kundgebung zu veröffentlichen für die Einheit der Bergarbeiter.

Das Hannoversche Kommunistenblatt brachte zu der Tagung der Internationale einen Artikel, dessen Wirkung die Ohnmacht der KPD. in Bergarbeiterkreisen treffend illustriert. Der Artikel konstatiert natürlich das völlige Versagen der Bergarbeiterinternationale im Kampf. Revolutionärer Kampf sei notwendig, der Schwindel mit dem Washingtoner Arbeitsabkommen müsse enthüllt werden. Der englischen MacDonald-Partei und den reaktionären Führerelementen, besonders den Deutschen, sei es gelungen, einen Beschluß herbeizuführen, wonach Frank Hodges, der auf dem äußersten rechten Flügel steht, als Intern. Sekretär vorzuschlagen, anstelle des linken Cook. Man merkt den Schmerz, der aber in unserer Internationale nicht geheilt werden wird.

Der Artikel fordert dann aber weiter auf, der Tagung in Hannover besondere Aufmerksamkeit zu schenken:

„Der Weg dazu geht über Massenversammlungen in allen deutschen Revieren, durch Entsendung von Delegationen, durch Fassung von Resolutionen, die dem tagenden Ausschuß energisch und eindeutig kundgeben müssen, was die Bergarbeitermassen von der Internationale im gegenwärtigen Zeitpunkt fordern und erwarten."

Die kommunistische Aktion zum Druck auf unsere Internationale ist glatt ins Wasser gefallen. Ganze zwei Telegramme gingen der Konferenz zu. Ob sie beide von kommunistischer Seite inspiriert wurden, wissen wir nicht, bei der einen von Kaiserstuhl scheint das nach ihrer Fassung nicht einmal sicher. Sie lautet:

„Belegschaftsversammlung Kaiserstuhl I/II wünscht, daß Kongreß gedeihliche Arbeit und Organisierung des Kampfes im Interesse der internationalen Bergarbeiter."

Die andere Depesche lautet:

„Belegschaft Dahlbusch fordert von Bergarbeiterinternationale sofortige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit, Organisierung des Kampfes um die Siebenstundenschicht."

Diese Depesche war nicht in Rotthausen, sondern in Duisburg aufgegeben. Unsere Kameraden brauchen uns nicht zu ermahnen, auch international alles zu tun, was für eine anständige Existenz der Bergarbeiter notwendig ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß die deutschen Vertreter in der Internationale mit Eifer dabei sind, die gegenseitigen Kenntnisse und damit die Internationale zu fördern. Wir hoffen, daß wir die Internationale so ausstatten können zu einem Machtinstrument für die Bergarbeiterschaft. Müßten wir uns aber in ihr herumschlagen mit Leuten, die seit Jahr und Tag nichts anderes kennen, als die Bekämpfung unserer Organisation, so würde das der Arbeit sicherlich nicht zuträglich sein. Das muß zuerst auf-

Die Lage im polnischen Bergbau

hat sich durch die verlängerte Arbeitszeit in Deutschland derartig verschlechtert, wie sie seit Jahrzehnten niemals gewesen ist und wie es auf die Dauer unerträglich wäre. Die Eisen- und Stahlindustrie hat vom 1. bis zum 3. Quartal 1924 50 Prozent ihrer Belegschaften entlassen. Die Zahl sank von 40 424 auf 20 580 im September 1924 in Oberschlesien allein. Die übrigen Belegschaften arbeiten nur drei bis fünf Tage in der Woche bei verlängerter Arbeitszeit (von 8 Stunden ohne Pausen auf 12 Stunden mit 2 Stunden Pause). Die Produktion ist von 100 Prozent im 1. Quartal bis zum Juli auf 80 Proz. in den Hochöfen, 26 Proz. in den Stahlwerken und 41 Proz. in den Walzwerken gefallen. Sie hob sich dann bis Oktober auf 54, 78 und 114 Prozent. Aber die Zahl der Beschäftigten ist nur von 50 auf 53,1 Prozent gestiegen. 47 Proz. der Arbeiter sind noch auf der Straße. In der Zinkindustrie und der weiterverarbeitenden Metallindustrie wie auch im übrigen Polen ist es noch nicht viel besser.

Im wichtigsten Bergbau, dem Steinkohlenbergbau, ist es daher zu trostlosen Zuständen gekommen. Die Arbeitszeit im Bergbau ist in Oberschlesien seit 1. April 1924 von 7½ auf 8 Stunden mit Einfahrt, aber ohne Ausfahrt, verlängert worden. Der Streik dagegen wurde nach 10 Tagen Dauer von den Gelben gebrochen. Die Zahl der Beschäftigten ist vom Januar bis Ende September 1924 wie folgt reduziert worden:

	Oberschlesien	Revier Dombrowa	Revier Krakau	Ganz Polen
Januar	159 667	49 001	15 338	224 006
Sept.	102 300	39 216	11 112	152 628
Entlassene	57 367 = 35,8%	9 785 = 20%	4 226 = 26%	71 378 = 31,5%

Im ganzen sind also 71 378 Bergleute völlig arbeitslos und die übrigen arbeiten drei bis vier Tage in der Woche bei gewaltiger Antreiberei, halber Rechtlosigkeit und ungewöhnlichem Raubbausystem. Dabei ist die Gesamtleistung die gleiche wie zuvor und sogar höher wie vor der Reduktion. Zum Beispiel betrug die Förderung im Januar 2 964 162, im Oktober 3 235 275 To. Im Oktober und November nahmen die Feierschichten etwas ab, es wurde schon fünf bis sechs Tage in der Woche gearbeitet, aber im Dezember und Januar sind schon wieder je Monat fünf bis sieben Feierschichten eingelegt worden. Weitere Reduktionen sind angekündigt, obwohl die alten Entlassenen schon sechs bis zehn Monate ohne Arbeit sind. Revolten wären schon längst ausgebrochen, wenn nicht die über 18 Jahre alten Leute die staatliche Arbeitslosenunterstützung erhalten würden, welche 35 bis 40 Prozent des letzten Arbeitslohnes beträgt.

Die Tariflöhne in Oberschlesien im Akkord unter Tage schwanken zwischen 7,09 Zloty (für Hauer auf hohen Pfeilern über 4 Meter Stempellänge) und 1,17 Zloty (für Jugendliche von 14 Jahren), im Schichtlohn (Hauer) 4,97 Zloty und (Jugendlicher) 1,12 Zloty (1 Zloty = 80 Pf.).

Ueber Tage beträgt der Schichtlohn für beste Facharbeiter 5,04 Zloty, für erwachsene Ungelernte 3,86 Zloty und für 14jährige Jugendliche 0,80 Zloty.

Doch kommt es auch vor, daß die Tariflöhne nicht voll erreicht und manchmal auch nicht reklamiert werden aus Furcht vor weiterer „Reduktion" (Entlassung). Ungefähr ein Viertel des Kohlenreviers (das südliche) hat noch um 5 Proz. niedrigere Tariflöhne. Diese Löhne gelten seit 20. November 1924, doch verlangten die Arbeitgeber Ende Januar 1925 eine Reduktion, die Bergarbeiterorganisation dagegen eine Erhöhung derselben. Das Resultat war negativ. Der Streit schwebt noch.

An Steinkohlen werden noch 33⅓ Prozent der Gesamtproduktion exportiert (Oktober 1924). Früher war der Export etwas höher, trotzdem die Kohlenpreise von 48 Zloty (16. Januar 1924) auf 27,50 Zloty pro Tonne bester Sorte gefallen sind, da auch die 40 Proz. Kohlensteuer inzwischen ganz abgebaut worden sind.

In den Revieren Dombrowa und Krakau sind die Löhne noch um 15 bis 45 Prozent niedriger, daher auch größerer Absatz und kleinere Reduktion, wie oben ersichtlich.

Der unbedeutende Erzbergbau steht noch schlechter da, die Löhne sind noch viel zu miserabel.

Der sehr schwach entwickelte Braunkohlenbergbau ist fast ganz zum Erliegen gekommen. Die Produktion betrug 18 487 To. im Januar 1923, 12 739 To. im Januar 1924 und im Juli nur noch 4067 To. Die Verhältnisse dort sind ganz aussichtslos.

In den Salinen und Naphthagruben sind die Schwierigkeiten des Absatzes und der Arbeitslosigkeit auch noch sehr groß.

In solcher Situation waren auch alle Abwehrmaßnahmen ohne Erfolg, z. B. gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Zwei Streiks dauerten vier bis sechs Wochen. Daher sind auch die Organisationsverhältnisse, besonders seit dem Auguststreik, erst wieder im Aufbau begriffen.

Unsere polnischen Kameraden sagten zu dieser Darstellung der Lage, die sie der Internationalen Konferenz in Hannover gaben:

„Es ist dringend zu wünschen, daß die Internationale der Bergarbeiter Mittel und Wege findet, um die Arbeitszeit in Deutschland wieder zu verkürzen und die trostlose Lage auch bei uns in Polen wieder zu beseitigen.

Auch auf politischem Gebiet, durch das Parlament, konnte unsere PPS.-Fraktion gegen diese unhaltbaren Zustände weiter nichts erreichen, als daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung, die nach dem Gesetz nur 13 Wochen und ausnahmsweise bis 17 Wochen gezahlt werden konnte, auf 39 Wochen verlängert worden ist. Die Arbeitgeber aller Branchen laufen Sturm gegen diese Verlängerung und haben schon wonach die Bezugszeit der Arbeitslosenunterstützung wieder auf 26 Wochen herabgesetzt werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion will verhindern, daß dieser Antrag im Plenum zur Verhandlung kommt, weil sonst die meisten Arbeitslosen sofort ohne jede weitere Unterstützung und damit ohne jede weitere Existenzmöglichkeit dastehen würden."

Es nützt ja doch nichts...

„Es nützt ja doch nichts... mir hilft kein Verband!"
So spricht der Mann, der den Verband noch meidet.
Er ist noch stolz auf seinen Unverstand,
Der ihm die Rute der Entrechtung schneidet.
Er lamentiert, wenn er ins Elend sinkt,
Er schimpft empört, will ihm sein Lohn nicht langen,
Doch will er immer seinen Teil empfangen,
Wenn etwas der Verband erringt.

Es nützt ja doch nichts... Dies stupide Wort
Ist die Devise eines geistig Blinden.
Er hofft nicht mehr, sein Kampfgeist ist verdorrt,
Er ist nicht fähig, Unrecht zu empfinden.
Er wehrt sich nicht, wenn ihn Gewalt bedrückt,
Ballt nicht die Faust, wenn ihn die Willkür schindet,
Wenn ihm sein Herr das letzte Recht entwindet,
Hält er den Rücken tief gebückt.

Es nützt ja doch nichts... Freund, sei lieber still!
Aus kleinem Keim entsteht die starke Eiche.
Sie trotzt dem Sturm, der sie entwurzeln will,
Und beugt sich nicht dem Wüten seiner Streiche.
Aus diesem Beispiel folgt der schlichte Schluß:
Der Schwache wird geknechtet und gebüttelt,
Doch vor dem Starken, der am Alten rüttelt,
Beugt sich der Gegner, weil er muß.

Victor Kalinowski

Die Wissenschaft gegen die Schutzzöllner.

Prof. Aereboe hat in der „Landwirtschaftlichen Presse" einen dritten Artikel über die Zollfrage erscheinen lassen. Er sagt darin Bemerkenswertes über die industrielle Preis- und Zollpolitik:

„Das wichtigste Agrarproblem ist heute die Frage, wie schnell und mit welchen zweckdienlichen Mitteln man die Löhne der Industriearbeiter heben kann, ohne die melkende Kuh, nämlich die Industrie, selbst dabei zu schlachten." Denn „heute wie nie zuvor hat die deutsche Landwirtschaft ein vitales Interesse an der Hebung der Kaufkraft der Industriebevölkerung. In dem Zurückbleiben der Löhne ist der eigentliche Grund der heutigen Agrarkrise zu suchen. Die deutsche Industriebevölkerung ist es in erster Linie gewesen, deren Kaufkraft die Intensivierung der deutschen Landwirtschaft ermöglicht hat. Mit dieser Kaufkraft gehen die Reinerträge der deutschen Landwirtschaft vornehmlich auf und ab. Alle anderen Einflüsse sind gering." Die Angleichung der deutschen Löhne an das hohe Weltmarktniveau würde aber eine Minderung der deutschen Konkurrenzfähigkeit bedeuten, wenn nicht Kostenersparnisse eintreten. Als solche kämen neben dem Abbau der Steuern und Lasten technische und betriebswissenschaftliche Verbesserungen und eine Minderung des Unternehmergewinnes pro Warenstück in Betracht. Die heute in den Kreisen der Industrie herrschende Preis- und Zollpolitik versperrt aber diese Wege.

Der Minderung der Unternehmergewinnquote durch die Befolgung des Grundsatzes „großer Umsatz, kleiner Stückgewinn" wirken nämlich die im „Rentnergeist", im „Zunftgeist" wurzelnden Gewohnheiten entgegen, die sich in dem hohen Zwischenhandelsanteil am Endpreis, in den kleinen Umsätzen und hohen Preisen im Handwerk und in den unverhältnismäßig hohen Inlandspreisen der kartellierten Produktionszweige äußern; gehen die letzteren Hand in Hand mit einem „Dumping", so bedeutet dies keinen nationalen Gewinn, sondern eine Bereicherung des Auslandes auf Kosten der Inlandsverbraucher.

Noch wichtiger aber als die falsche Preispolitik ist die Zollpolitik. „Besonders verheerend für das gesamte Wirtschaftsleben aber müssen alle Manipulationen sein, durch welche die wichtigsten Rohstoffe der deutschen Wirtschaft, voran Eisen und Stahl, verteuert werden. Eisenzölle sind der größte Hemmschuh der deutschen Wirtschaft, den man sich denken kann. Die deutsche Schwerindustrie bedarf eines Schutzzolles am wenigsten von allen deutschen Industriezweigen. Trotz der Lasten der Micumverträge, die sie getragen hat, bewegen sich die Aktienzusammenlegungen der Schwerindustrie in den Verhältnissen von nur 4 : 1 bis 2 : 1. Einen drastischeren Beweis dafür, wieviel mehr es der Schwerindustrie gelungen ist, ihre Vermögenssubstanz über Krieg, Inflationszeit und Ruhrbesetzung hinweg zu erhalten, kann man kaum anführen. Ist es richtig, was die Presse über die neuesten Vereinbarungen der deutschen Schwerindustrie über eine Kartellierung mit der französischen und den dabei getroffenen Abmachungen berichtet (Die Verhandlungen sind noch in der Schwebe. Die Redaktion.), so haben wir es mit dem Streben nach einem Monopol der Schwerindustrie zu tun, das auf die krasseste Ausbeutung nicht nur aller übrigen Industriezweige, sondern nicht minder der deutschen Landwirtschaft hinausläuft, und dem nur durch Zollfreiheit auf Eisen einigermaßen entgegengetreten werden kann. Hugo Stinnes hat noch kurz vor seinem Tode versucht, eine Zusammenkunft der Vertreter der Schwerindustrie der ganzen Welt zwecks „Regelung gemeinsamer Interessen" zusammenzubringen. Daß dabei nicht die Interessen der Landwirtschaft und der verbrauchenden Fertigindustrie einschließlich Industriearbeiter gemeint waren, braucht kaum betont zu werden. Es galt vielmehr, auch eine eventuelle Zollfreiheit auf Eisen unwirksam zu machen.

Die deutsche Landwirtschaft hat das allergrößte Interesse daran, sich mit der verarbeitenden Industrie zu einem gemeinsamen Kampfe gegen eine solche Ausbeutung durch die mächtige Schwerindustrie zusammenzufinden. Tut sie das nicht und glückt es nicht, auch die Staatsregierung auf dieses Ziel einzustellen, so wird es bald zu spät sein. Das Interesse der Landwirtschaft an einem Kampfe gegen die Eisenverteuerung ist aber ein Doppeltes. Einmal muß der Eisenzoll einen großen Teil wichtiger Produktionsmittel verteuern; dies besonders dann, wenn zugleich hohe Schutzzölle auf fertige Maschinen damit verbunden sind. Wichtiger als dies ist aber der Hemmschuh, der mit den Eisenzöllen der Gesundung unserer ganzen Fertigwarenindustrie und damit der Steigerung der Konsumkraft der deutschen Industriearbeiter angetan wird. Die deutsche Fertigwarenindustrie kann sich vermöge ihrer hohen Technik bald erholen, wenn ihr nicht durch ein verfehltes Schutzzollsystem die Produktion stark verteuert wird und es gelingt, an die Stelle des Zunftgeistes wieder den vorkriegszeitlichen freien Konkurrenzgeist eines tatkräftigen Unternehmertums zu setzen."

Das Kuckucksei und Herr Dr. Jüngst.

Herrn Dr. Jüngst, dem bekannten „Hoffriseur" des Zechenverbandes, ist großes Heil widerfahren, und das kam so: Unser Fachorgan hat in seiner Nummer vom 17. Januar d. J. einen Aufsatz gebracht, in welchem die geplante Pensionsversicherung des belgischen Bergbaues näher erläutert wurde. Den Aufsatz entnahmen wir unserem belgischen Bruderorgan. Herr Dr. Jüngst empfindet darüber eine unbändige Freude. Er glaubt nämlich, daß uns jemand durch diesen Aufsatz ein ausgewachsenes Kuckucksei ins Nest gelegt hat. Da wir keine Neidhammel sind, so gönnen wir dem „Hoffriseur" des Zechenverbandes, dem die schwere Aufgabe obliegt, alle Zahlen für die „Belange" seiner Auftraggeber zu frisieren, das billige Vergnügen. Wir können dies um so mehr, als auch für uns etwas dabei herauskommt. Die Freude des Herrn Doktors wird hoffentlich auch der breiten Oeffentlichkeit offenbaren, daß die Zahlen, die er veröffentlicht, nur mit allergrößtem Mißtrauen zu genießen sind. Wenn nämlich der Herr Doktor jeden, der eine Tatsache widergibt, obgleich sie mißverstanden und gegen ihn ausgenutzt werden könnte, als einen Tölpel ansieht — denn nur ein solcher läßt sich ein Kuckucksei ins Nest legen —, so soll die Moral von der Geschichte wohl sein, daß er, der Herr Doktor Jüngst, ein solcher Tölpel nicht ist, sondern daß **er die Sache schon zurechtfrisieren oder gar nicht veröffentlichen würde.** Obwohl wir nie daran gezweifelt haben, daß Herr Doktor Jüngst so handeln würde, haben wir dennoch nach diesem Prinzip nicht gehandelt, weil wir keine Roßtäuscherkunstgriffe zur Täuschung der Oeffentlichkeit anwenden wollen.

Wir sehen auch davon ab, mit Herrn Dr. Jüngst darüber zu streiten, ob die deutsche oder die belgische Bergarbeiter-Pensionsversicherung besser ist, da dies zu keinem Ergebnis führen kann. Jedenfalls scheint dem Herrn auch nicht im entferntesten der Gedanke gekommen zu sein, daß man auch die Sache anders als vom Standpunkte eines Zahlenfriseurs des Zechenverbandes beurteilen kann. Der Bergarbeiterverband hat selten danach geschaut, was andere bereits errungen haben, sondern er hat es sich stets zur Ehre gemacht, selbst Bahnbrecher zu sein. Wenn also wirklich die Pensionsversicherung der deutschen Bergarbeiter besser sein sollte als die der belgischen, so könnten ja die Verbandsmitglieder nur stolz darauf sein, daß der Bergarbeiterverband, der selbst nach dem Ausspruche der „D. Bergwerks-Ztg." das größte Verdienst an dem Zustandekommen des Reichsknappschaftsgesetzes hat, eine solche Reform der Pensionsversicherung erlang. Uebrigens müßte der Herr Doktor, wenn er einmal den Vergleich mit Belgien zieht, auch den Leistungseffekt und die Lohnhöhe vergleichen. Doch das kann man natürlich von einem Zahlenfriseur des Zechenverbandes nicht erwarten, sonst würde er sich selbst ein Kuckucksei ins Nest legen und dann hätte seine Stunde geschlagen. Wenn der Bergarbeiterverband auch versucht, Zahlen sowohl hinsichtlich der Belastung als auch des Vermögens der Knappschaftsversicherung zu frisieren, so wird er dennoch

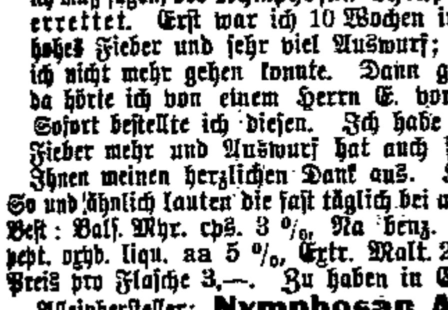
Togal-Tabletten hervorragend bewährt bei: Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen.
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Fragen Sie Ihren Arzt. — **In allen Apotheken erhältl.**
Best. 12,6% Lith. 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic. ad 100 Amyl.

Musterpakete zum Fabrikpreis.

A: 1 Damen-Cheviotkleid, 1 Flanellrock, 1 Damenbluse, 1 Reformhose aus dickem, gerauhten Blautrikot. Zusammen Mk. 15,–
B: 1 Kostümrock aus Cheviot, 1 Kasak aus prima Velontine, 1 Damenhemd, 1 Damenbeinkleid, 1 Untertaille, 1 Büstenhalter, Wäsche aus feinfädigem Ia Hemdentuch, feine Spitzen, groß u. weit gearbeitet. Zus. Mk. 15,–
C: 1 Unterrock, 1 Prinzeßr., 1 Nachthemd, 1 Nachtjacke, 1 Figurverbesserer m. Gummistrumpfbänd., 1 weiß. Trikotschlüpf. Zus. Mk. 15,–
D: 1 Kleid aus prima schwarzem Wollkrep, 1 Jumper-Unterrock aus prima schwarzem Serge, 1 schwarzer Trikotschlüpfer. Zus. Mk. 15,–
E: 1 starkes Waschkleid m. Gürtel, 1 Kostümrock, 1 Flanellbluse, 1 gr. Wirtschaftsschürze a. eisenfr. Schürzenleinen m. Latz, 1 Schürze aus Ia. bedrucktem Glanzsatin, ap. Muster, Wiener o. Jumperform. Zus. Mk. 15,–
F: 1 Bettbezug aus bestem Linon, 180 cm br., 2 m l., dto. Bettlaken, 1 Kissen, 1 Bettvorl. a. Tuch, Fellmust. gefüll. u. gesäumt. Zus. Mk. 15,–
G: 1 Joppe a. starkem, dicken Tuch, ganz gefüttert, mit Antirheumastoff „Elektra", 6 Paar mod. Woll- u. Kamelhaarsocken. Zus. Mk. 15,–
H: 1 Sportjoppe, 1 Tuchhose, 1 Tuchweste, 1 Barchentsporthemd, 1 wollgemischtes Normalhemd. Zusammen Mk. 15,–

Garantiert alles prima, reguläre Ware, Gr. 42—48.
Versand gegen Nachnahme. — Nichtentsprechendes Zurücknahme.
Ansichtssend. ohne Nachnahmesicherheit nur an Verbands- oder Betriebsbüros.
Textilhaus Schreiber, Berlin-Schöneberg.
Fabrikation und Vertrieb nach Ford-System.

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern!**



1 Pfund graue, gute geschlissene Bettfedern 1,20 M., halbweiße gute 1,50 M., weiße flaumige geschlissene 2 M., 2,50 M., 3 M., feinste Halbflaum-Herrschaftsfed. 4 M., 5 M., 6 M. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an auch franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Ausführliche Preisliste gratis.
S. Benisch, Prag-Weinberge, Kramerlova Nr. 26/709, Böhm.

„Vom Tode errettet . ."

Lungenleidende! So urteilen Leidensgefährten:
„Ich habe jetzt schon von Ihnen die sechste Flasche bezogen und ich muß sagen, der Nymphosan-Syrup hat mich noch vom Tode errettet. Erst war ich 10 Wochen im Krankenhause, da hatte ich hohes Fieber und sehr viel Auswurf; auch war ich so schwach, daß ich nicht mehr gehen konnte. Dann ging ich nach Oberstdorf und da hörte ich von einem Herrn E. von Ihrem Nymphosan-Syrup. Sofort bestellte ich diesen. Ich habe 14 Pfund zugenommen, kein Fieber mehr und Auswurf hat auch sehr nachgelassen und spreche Ihnen meinen herzlichen Dank aus. Hochachtend G. B. in O."
So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben.
Best: Balf. Myr. cps. 3 %, Na benz. 0,1 %, Na. br. 2 %, Ferr. pept. oxyd. liqu. aa 5 %, Extr. Malt. 24 %, Sacch. 16 %, f. emuls. Preis pro Flasche 3,—. Zu haben in Einhorn-Apotheke.
Alleinhersteller: **Nymphosan A.-G., München 38.**

Ihr Geldbeutel

wird fett, wenn Sie billig rauchen. Es kostet 5 Pfg. für eine Karte an Tabakfabrik „Weltruf"
E. Köller, Bruchsal Nr. 169 um Preisliste.
Riskieren Sie es, Sie bereuen es nicht.

Billigste bayer. Bezugsquelle für echt böhm. Bettfedern nur gute füllfertige Sorten
graue G.M. 1,50, halbw. Rupf. 2,50, weiße flaumige 3,80, sehr flaumreiche 4,50, prima Flaumrupf 5,—, allerfeinst. Flaummischung. 6,50 und 8,—, Brustflaum 13,50 und 15,—, alles pro Pfund.
Neue fertige Betten aus Ia. rot Inlett, 1 Oberbett, 1½ schläfig 39,—, 1 Kissen 12,50 (weiße Füllung). 1 Unterbett 28,50. Muster u. ausf. Preisliste umsonst. Versand von 9 Pfd. franko u. zollfr. geg. Nachn.
Josef Christl Nachf., Cham 441, bayr. Wald
Umtausch gestattet od. Geld — Reellste Bedienung.

Rasieren unnötig!

Ohne Messer, ohne Apparat, ohne Seife! Dr. Nelsons **Haarentferner** entfernt jed. lästigen Haarwuchs im Gesicht u. am Körper. Der stärkste Bart verschwindet i. ein. Min. glatt b. kinderleicht. Selbstanwendung, absolut gefühllos; garantiert unschädlich. Auch für **Damenbart** leichte Anwendung. Originalpackung Mk. 6,— Nachn. **M. J. H. Rose, Hamburg 11 R 75.**

Schweinsköpfe ● alles frei Haus franko ●
m. voll. 9 Pfd. l. gesalz. M. 5,95
Backe 9 „ ff. geräuch. „ 6,80
● Holst. Holländer u. Tilsiter Art 9 Pfd. „ 5,85
Tafel- oder Kugelkäse . 9 „ „ 5,95
● Dän. Tilsiter od. echter Edamer 9 „ „ 9,95
Schweizerkäse . . . . . 9 „ „ 11,95
● echt Harzer 1 Kiste 60 St. 3,70, 2 K. 5,50, 3 K. 7,50
Gust. Faßhauer, Hamburg 30, Blücherstr. 5 B

Minorka

schwarz, einfk., langj. Spezialzucht, m. viel. Ehren-, Sieger- u. Staatspreisen präm., gebe einige ff. Hähne und Hennen ab, B. R. 24, April- und Maibrut, von 15—25 Mk., sowie Bruteier von Ehrenpreishennen 13 Stück 12 Mk. . . . .
Karl Besch, Hanau/M., Bruchköbelerlandstr. 30

Direkt an Private

versende i. meine **Tisch-Stehuhren,** selbige haben geschmackvolle und modernste Gehäuse und nur beste Messingwerke, à Stück 4,80 und 6,50 Mk. Diese Uhren eignen sich auch für alle Geschenkzwecke. Außerdem liefere ich auch alle anderen Uhren. Täglich Nachbestellungen. Vertreter überall gesucht. **W. Müller,** Uhrenfabrikation, **Villingen 99** i. B., Postfach 29.

Musik in jedes Haus!
Alle Musikinstrumente
Sprechapparate
etc. gegen kleine Anzahlung, kleine Raten. Großer illustrierter Katalog frei.
F. Gottschalk, Köln Nr. 34 Luxemburger Straße 31.

4 Hirschgeweihe
schädelecht
2 Sechs- 2 Acht- **Ender**
2 Rehkronen, wandfert. verkauft zus. für 30 Mk. Nachnahme Geweihhaus
F. W. Stark, Markneukirchen i. Sa.

Garant. reinen sehr hellen
Bienen Schleuder-Honig
Dose 9 Pfd. netto fr. Mk.
I. Auslese hochf. 11,50
II. Qual. auch gut 10,50
Nichtgefallnd. nehme zur.
Bienenzüchter **H. Preut**
Thüle 38 b. Friesoythe (Oldenburg).

Radio umsonst!

Jeder Laie kann sich ohne jede Vorkenntnisse unter Garantie nach unserem berühmten Buch:
„Werkstatt des Radio-Amateurs"
eine Radio-Anlage selbst anfertigen! Preis **Mk. 2,50** Nachnahme. Porto extra.
Anlage in jedem Ort, selbst im kleinsten Dorf, in jeder Hütte, in jedem Palast möglich! Konzerte, Tanzmusik, Vorträge, Markt- u. Börsenberichte jeder in seinem eig. Heim kostenlos. Tadellos. Funktionieren unt. Garantie.
Die Welt-Sensation für Arm und Reich!
Jeder Käufer des 500. Buches erhält immer von uns
eine vollständ. Radio-Anlage geschenkt!
Nur Buch-Käufer erhalten sämtliche Zubehörteile zu Fabrikpreisen und alle Radio-Auskünfte kostenlos gegen Rückporto.
Radiohaus A. Müller & Co., Fichtenau W 162 b. Berlin.
Postscheckkonto Berlin 49554.

Lungen- u. Asthmakranken

ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragender, vorbeugender Wirkung. „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt", schreibt E. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf", „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tee mir bekommt", „Appetit und Wohlbefinden haben sich", so lauten täglich einlaufende Dankschreiben. Pro Paket Mk. 1,— Nachn. Laut bezirksärztlicher Bestätigung frei verkäuflich. **Silvana-Gesellschaft, Augsburg 2.**

Selbstrasierer

benutzt die deutsche **„Wicking"-Rasierklinge!**
Beste Edelstahl-Qualität.
Kein Schleifen der Klingen mehr nötig, da der Neupreis für die „Wicking"-Rasierklinge nicht höher wie die Kosten des Nachschleifens.
Reklamepreis pro 100 Stück Gm. 6,80
„ „ 50 „ „ 4,70
einschließlich Verpackung
dazu ein Rasierapparat in hochfeinem Etui **gratis!**
Nachnahme 50 Pf. mehr. Versand direkt an Verbraucher und Wiederverkäufer.
Alleinvertrieb: **Karl Fr. Becker, Hamburg, Colonaden 43.**

Der frische Duft kommt ihr entgegen!

Die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" duftet appetitlich, hat ein köstliches Aroma und einen reinen, frischen Geschmack. Sie ist bekömmlich, sparsam im Verbrauch und hat sich in der Küche beim Backen, Braten und Kochen bestens bewährt.
Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.
Schwan im Blauband frisch gekirnt
Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

FAHRRÄDER 62 MARK
FRACHTFREI EMPFANGSSTATION
NACHNAHME ODER VORAUSZAHLUNG
FORDERN SIE GRATIS UND FRANKO KATALOG VON DER
„SIGURD"-GESELLSCHAFT M. B. H., CASSEL 78

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umf.
Institut Winkler, München B 42, Nymphenburgerstr. 168.

Bettnässen
Befreiung sofort. Auskunft kostenlos. Alter u. Geschlecht angeb. Dr. med. Heusmann & Co., Velburg 145 (Bayern).

Mitbedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überall hin gegen bequeme Wochenraten von nur Gmk. **1.– an**
Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen etc., Sprechapparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photographische Apparate etc. Ill. Katalog A gratis u. frei.
Walter H. Gartz, Postfach 828A Berlin S. 42.

3 Schlager!!
Jagd-, Strapazier-, Gebirgs-Schnürstiefel, erstklass. Doppeltsohl., unverwüstlich, wasserdicht, Mk. 11,—, Reklame 3 P. Mk. 27,—. Gruben- u. Arbeits-Schnürstiefel Mk. 8,—, 3 P. Mk. 20,—. Nachnahme Nichtgefallen Geld zurück.
Fischer, Schuhvertrieb, Aachen 312, Thomashofstraße 19.

Frei Haus delikat!
9 Pfd. Tilsiter Art . 5,95
9 Pfd. Holländer Art 5,95
9 Pfd. Limburg. Art 5,05
60 ff. Harzkäse . . . 3,45
120 Stück 5,05
180 Stück 7,75
9 Pfd. Edam. Fettkäse 9,95
9 Pfd. Margarine . 6,95
5 Pfd. Tafelkäse u. 4 Pfd. ff. Mettwurst 10,75
9 Pfd. Speck (hiesige Landräucherung) 11,95
ca. 5 Kilo-Dose ff. Matjesheringe . . 6,25
ca. 5 Kilo-Dose ff. Salzfettheringe . 4,25
1/1 Bismarckhering oder Rollmops . . 5,25
9 Pfd. Schweinekopf mit Fettbacke, leicht gesalzen 5,95
E. Napp, Altona 52

Wilhelm Pfitzer G. m. b. H.
STUTTGART-FELLBACH • GEGR. 1844
Großgärtnerei, Samenbau, Samenhandlung
Verlangen Sie umsonst u. portofrei unsern
Hauptkatalog 1925
224 Seiten 300 Abbildungen

Hofflöße mit Brüh
verrichtet verblüffend
Goldgeist
doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien
Volksfürsorge
Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherung

Bettnässen
Befreig. garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft grat.
Versandh. Frauendank
München 88c Tal 52.

Wir empfehlen:
Otto Hue:
Die Bergarbeiter
Historiche Darstellung der Bergarbarbeiter-Verhältnisse
2 Bände (Halbleinen) Vorzugspreis 8 Mk.
Bestellungen sind zu richten an
H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemelhauser Str. 42.

Qualitäts-Betten
von prima hochfein echtrot u. gestreift Bettköper mit zartweicher, reichlicher Federfüllung. Große Oberbetten 16,50, 19,50, 24,50 G.-M. Große Unterbetten 15,50, 18,50, 23,50 G.-M. Große Kissen 4,50, 5,50, 6,50.
Bettfedern
1,25, 2,—, 2,50, 3,50 G.-M. Halbdaunen 4,50, 6,50, 7,50 G.-M. Daunen 9,50, 11,50, 13,50 G.-M. p. Pfd. nur staubfreie, frische Qualitäten. Kein Risiko. Nichtgefallend Umtausch oder Kaufpreis zurück. Tausende von Kunden, Nachbestellungen und Dankschreiben.
Bettenfabrik u. Bettfedern-Großhandlung.
A. u. M. Frankrone, Cassel Nr. 39.

SEIFENFABRIKATE

mit der Marke

GEG Seifenpulver — *GEG Schmierseifen*
GEG Kernseife — *GEG Feinseifen*
GEG Bleichsoda — *GEG Rasierseifen*
Das selbsttätige Sauerstoff-Waschmittel GEG-Famos

sind Erzeugnisse genossenschaftlicher Eigenproduktion und allen Konkurrenzfabrikaten gewachsen.

Verlangt in euren Konsumvereinen nur die
Marke GEG

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Prima **Eiderfettkäse**
9 Pfund 6,00 M. franco
Dampfkäsefabrik **Rendsburg 424.**

Grosser Katalog umsonst
Größte Auswahl in Musikinstrumenten zu herabgesetzten Preisen
Senden Sie nur bei **Wolf & Comp.** Klingenthal Sa. Nr 687
Aufträge von 10 M. an portofrei.

Postversand für jeden erreichbar!
Feinste Bratheringe (4 Literdose) M. 4,20
Geleeheringe „ „ 4,15
Nur zwei Artikel, daher günstige Preise. Versand frei unter Nachnahme.
Hans Matthiesen, Eckernförde a. d. Ostsee.

Franko, delikat, haltbar, billig, **40 Rollmöpse** u. 40 Delikateßheringe zus. 5½ Mk., 100 neue Vollfett-Salzher. 5½ Mk., 250 - 13 Mk., 400 - 19 Mk. ¼ T. N. Hochsee-Vollher. 45 Mk., 32-Pfd.-Faß 9½ Mk., 56-Pfd.-Faß 13 Mk. **E. Degener,** Hochseefisch. u. Konservenfab. Swinemünde 116

Billige böhmische Bettfedern!
1 Kilo graue geschlissene Gm. 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm.
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 209 bei Pilsen in Böhmen.

Vor Qual u. Schmerz
bei Magensäure, Verdauungsleiden, Blähungen schützt „Magenwohl" nach Sanitätsrat Dr. Brener. Dose 2,— M.
Laboratorium Mixtura Paula Linz, Rhein 10

Echte Ravensberger
die führende Marke
Verlangen Sie Preisliste
Niebelwerke Bad Oeynhausen.
Zu haben in allen Delikatessengeschäften und Gastwirtschaften.

Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik
Paul Hoyer, Delitzsch
(Provinz Sachsen), Angerstrasse 4
sendet Ihnen wieder genau so gut wie früher, auch äusserst billig
Federn und Inletts
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei

Bandwurm-
Spul- und Madenwürmer entziehen d. Körper die best. Säfte, der Mensch w. blutarm, nervös, elend und schlapp. Bleichsücht. u. blutarme Frauen und Mädchen, Magen-u. Weißflußleid. sowie nervöse Pers. usw. leid. i. d. meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber i. Krankheit nicht. Heute bedarf jeder d. so teuren Lebensmittel für sich u. dürfen diese nicht v. d. Würmern geraubt werden. Auskft. kostenlos. (Rückporto) Keine Hungerkur!
Wurm-Rose Hamburg 11a 75

Viktor Kalinowski:
Meine Seele singt!
Gesammelte Gedichte
Preis für Verbandsmitglieder **75 Pfennig**
Zu beziehen durch **Hansmann & Co., Bochum**

Otto Hue,
sein Leben und Wirken
von Nikolaus Osterroth.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Buchhandlung
H. Hansmann & Co.,
Bochum, Wiemelhauser Strasse 38-42.

Steigende Kranken- und Unfallziffern im Ruhrbergbau.

Als im vergangenen Sommer in der Tagespresse Zahlen über das Steigen der Unfälle im Ruhrbergbau veröffentlicht wurden, beeilte sich die Unternehmerpresse, diese als falsch hinzustellen. Vor allen Dingen glaubte diese Presse besonders darauf hinweisen zu müssen, daß man aus der Steigerung der Unfallanzeigen keineswegs auf eine Steigerung der Unfallgefahren schließen könnte. Eine Steigerung der Unfallanzeigen ergäbe sich daraus, daß jetzt die Arbeiter über die Unfallversicherung besser aufgeklärt seien als früher und demzufolge auch den unbedeutendsten Unfall melden. Wir sind in der Lage, Zahlen zu veröffentlichen, gegen die ein solcher Einwand nicht erhoben werden kann, da sie nur Unfälle erfassen, deretwegen krank gefeiert werden mußte. Unser Zahlenmaterial gibt Aufschluß über die Bewegung der Belegschaftsziffer, der Gesamtzahl der in dem jeweiligen Monat abgeschlossenen Erkrankungen, den Prozentsatz der Erkrankungen zu der Belegschaft, den Teil der Erkrankungen, die durch Betriebsunfälle verursacht worden sind, insgesamt und in Prozenten zur Belegschaft nach den einzelnen Monaten der Jahre 1921, 1922 und 1924. Die Zahlen von 1923 haben wir ausgelassen, da sie wegen des passiven Widerstandes und der großen Arbeitslosigkeit, die Ende 1923 zu verzeichnen war, kein richtiges Bild über die Erkrankungen und Unfälle geben. In den Belegschaftszahlen ist die Belegschaft enthalten, soweit sie der Krankenversicherungspflicht unterliegt. Es gehört also auch ein Teil von Werksbeamten dazu. Tödliche Unfälle werden durch diese Zahlen nicht erfaßt.

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß sowohl die Kranken- als auch die Unfallziffern im Jahre 1924 gegenüber 1921 und 1922 gestiegen sind. Die Steigerung im Monatsdurchschnitt wäre 1924 noch höher, wenn die Mai-Aussperrung, in der die Arbeiter vier Wochen nicht gearbeitet haben, nicht gewesen wäre. Bei der Errechnung der Zahlen im Monatsdurchschnitt müßte also 1924 ein voller Monat ausscheiden. Da in der vorliegenden Zusammenstellung nur die Unfälle verzeichnet werden, die in dem betreffenden Monat ausgeheilt worden sind, so kommen die gesteigerten Unfallzahlen der letzten Monate von 1924 noch nicht voll zur Geltung. Immerhin ist aber auch so die Steigerung nicht unbedeutend. Die höheren Kranken- und Unfallziffern geben den Beweis dafür, daß die Leistungssteigerung im Ruhrbergbau nicht durch eine Verbesserung der Produktionstechnik oder bessere Organisation des Produktionsapparats, sondern in der Hauptsache durch die größere körperliche Anstrengung des Bergarbeiters bedingt wird.

	Gesamtbelegschaft	Erkrankungen insgesamt	In % der Belegschaft	Von den Erkrankungen waren Betriebsunfälle	In % von der Gesbelegschaft
1921 Januar	513 066	23 710	4,6	5242	1,0
Februar	520 310	20 351	3,9	5710	1,1
März	521 758	19 825	3,8	5590	1,1
April	526 761	24 117	4,6	5700	1,1
Mai	529 676	22 207	4,2	4604	0,9
Juni	529 343	24 497	4,6	4555	0,9
Juli	529 779	18 116	3,4	4926	0,9
August	531 165	23 783	4,5	4954	0,9
September	532 545	22 971	4,3	4969	0,9
Oktober	534 148	20 401	3,8	3789	0,7
November	535 474	19 651	3,6	6459	1,2
Dezember	535 241	17 761	3,3	5781	1,1
Monatsdurchschnitt	528 272	21 449	4,1	5190	1,0
1922 Januar	532 449	29 387	5,5	4066	0,8
Februar	535 995	26 398	4,9	5370	1,0
März	537 041	24 607	4,6	5344	1,0
April	529 642	19 938	3,8	4915	0,9
Mai	525 024	21 437	4,1	5040	1,0
Juni	519 333	17 585	3,4	4012	0,8
Juli	506 300	20 179	3,9	4933	1,0
August	511 756	17 785	3,5	4505	0,9
September	517 101	16 779	3,2	4324	0,8
Oktober	524 046	17 256	3,2	4455	0,9
November	530 565	19 907	3,8	4794	0,9
Dezember	532 932	18 362	3,4	4377	0,8
Monatsdurchschnitt	525 182	20 798	4,0	4678	0,9
1924 Januar	439 904	16 152	3,6	3519	0,8
Februar	426 067	13 936	3,3	3621	0,9
März	421 875	25 046	5,9	5984	1,4
April	435 248	18 576	4,2	4755	1,1
Mai	448 320	17 642	3,8	3772	0,8
Juni	437 999	19 219	4,3	3711	0,8
Juli	441 484	26 598	6,0	6007	1,4
August	446 643	25 166	5,6	7046	1,6
September	452 093	26 989	5,9	6922	1,5
Oktober	452 262	22 889	5,1	5783	1,3
November	452 262	22 838	5,1	5904	1,3
Monatsdurchschnitt	441 287	21 314	4,8	5181	1,2

Englische Lohnkämpfe und mitteleuropäische Arbeitslöhne.

Alle Klagen, die von der englischen schutzzöllnerischen Presse angesichts der Aufstellungen des Board of Trade (Handelsministerium) über den englischen Außenhandel im Jahre 1924 verbreitet werden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Ausblick auf das neue Kalender- und Wirtschaftsjahr für die britische Wirtschaft ungewöhnlich befriedigend ist. Die Ziffern beweisen, daß die Ausfuhr britischer Waren sich gegenüber dem Vorjahr um eine Summe vergrößert hat, die, in Goldmark umgerechnet, ungefähr eine halbe Milliarde beträgt. Dem anwachsenden Export steht allerdings noch größeres Anwachsen der Einfuhr gegenüber, für die (wieder in Goldmark umgerechnet) um rund 3½ Milliarden Goldmark mehr als im Vorjahr ausgegeben worden sind. Wenn wir lediglich die Handelsbilanz betrachten, also das Wertverhältnis der ein- und ausgeführten Waren, so gelangen wir zu der enormen Ziffer von rund 7 Milliarden Goldmark, mit denen die Handelsbilanz passiv ist. Diese Tatsache könnte alarmierend wirken, man muß aber bedenken, daß England große unsichtbare Ausfuhren hat. Damit sind alle jene Einkünfte gemeint, die der britischen Volkswirtschaft durch Reingewinne aus Fracht- und Personentransporten der britischen Handelsflotte und den Gewinnen der britischen Bankhäuser und Versicherungsgesellschaften im Auslandsgeschäft zuwachsen. Die nach Großbritannien aus diesen unsichtbaren Ausfuhren fließenden Reinerträge hatten im Jahre 1923 annähernd jene Summen erreicht, um die die Handelsbilanz des Jahres 1924 passiv war. Wenn schon im Jahre 1923 diese Einkünfte ungefähr 6 Milliarden betrugen, so kann überhaupt gar kein Zweifel darüber bestehen, daß das Defizit der Handelsbilanz des jüngst abgelaufenen Jahres durch diese ziffernmäßig nicht genau erfaßbaren Einkünfte im Jahre 1924 mühelos abgedeckt ist, ja daß die Zahlungsbilanz Großbritanniens in hohem Maße aktiv war. Im Jahre 1924 waren nämlich mehr britische Schiffe in Verwendung und die Einkünfte der Versicherungsgesellschaften und Bankunternehmungen aus dem Ausland waren mindestens ebenso groß wie im vorangegangenen Jahre. Nicht ohne Grund vermutet „Daily Telegraph“, die ernsthafteste englische Tageszeitung, es werde sich herausstellen, daß England trotz des Mißverhältnisses von Ein- und Ausfuhr im Jahre 1924 in der Lage gewesen ist, eine beträchtliche Summe aus seinen überschüssigen Einkünften in Uebersee anzulegen.

des Jahres nicht zu Konsumzwecken (Nahrungsmittel, Tee und dergleichen) gebraucht wurde, sondern aus weiterverarbeitungsfähigem Rohmaterial bestand. Die Erholung zeigt sich in der guten Konjunktur der Handelsschiffahrt und in der Textilindustrie. Andererseits hat der Kohlenexport beträchtlich nachgelassen. Waren doch die Engländer infolge Fehlens der Ruhrkohle die größten Gewinner des Ruhrkampfes. Auch die Eisen- und Stahlindustrie befindet sich noch in einer Stagnation.

Die industrielle Besserung reichte aber gerade aus, die dem Arbeitsmarkt neu zuströmenden Arbeitskräfte aufzunehmen, sie vermochte aber nicht, die Arbeitslosenziffern zu vermindern. Trotzdem sich also der Gesamthandel im Jahre 1924 gegen das Vorjahr um rund 12 Prozent gebessert hat, blieb die Arbeitslosigkeit dieselbe. Selbst eine ausgesprochen gute Konjunktur würde in England mit der Arbeitslosigkeit nicht aufzuräumen vermögen. Angesichts dieser Schwierigkeiten ermahnen die Zeitungen die Arbeiterschaft und ihre Führer, auf die Schwierigkeiten Rücksicht zu haben, unter denen die Industrien arbeiten, d. h. sie sollen auf eine Verbesserung der Lebenshaltung verzichten und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der Industrie nicht unterminieren. Wir kennen die Melodie. Sie wurde von den Unternehmern gesungen, seitdem es eine kapitalistische Wirtschaft gab. Seitdem es diese Wirtschaft gibt, hat sich die Arbeiterschaft trotz Rückschlägen in einzelnen Ländern und einzelnen Zeitabschnitten dennoch Schritt für Schritt eine bessere Lebenshaltung erobert bezw. diese Lebenshaltung zurückzuerobern vermocht. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein, wenn auch, soweit England in Frage kommt, die Stellung der Gewerkschaften in den kommenden Lohnkämpfen nicht leicht sein wird. Die Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie ist wirklich bedroht. Eine Verbesserung der Lebenshaltung wird also nur möglich werden, wenn sich insbesondere die englische Schwer- und Eisenindustrie unter dem doppelten Druck des Weltmarktes einerseits und des gewerkschaftlichen Druckes andererseits entschließt, den Produktionsapparat zu verbessern und billiger zu arbeiten. Dieser Prozeß, der immer wieder dadurch aufgehalten wird, daß übermäßige Dividenden ausgeschüttet werden, scheint nunmehr im Gange zu sein. Allerdings kann die Politik der britischen Arbeiterschaft nur dann erfolgreich sein, wenn, nachdem nunmehr die Zeit der Inflation vorbei ist, auch eine Besserung der Reallöhne der europäischen Arbeiterschaft erfolgt. Geschieht das nicht, arbeiten die zentraleuropäischen Arbeiter weiter länger und billiger als die britische Arbeiterschaft und so wird das englische Unternehmertum immer und immer wieder bei jeder Forderung der britischen Arbeiterschaft darauf hinweisen können, daß Lohnerhöhungen infolge der größeren Billigkeit der Arbeitskräfte auf dem Festlande unmöglich seien. Insbesondere pflegt die deutsche Arbeiterschaft in solchen Fällen gegen die englischen Arbeiter ausgespielt zu werden. Die deutschen Arbeiter müssen also wissen, daß sie in ihrem Kampf um die Aufrechterhaltung bezw. Wiedereroberung des Achtstundentages, in ihren Kämpfen um eine bessere Lebenshaltung nicht nur für sich und ihre historische Mission kämpfen, sondern auch zugleich für ihre Klassengenossen in ganz Europa, wie auch jeder Sieg der englischen Arbeiterschaft nicht nur der englischen, sondern der gesamten Arbeiterschaft der Welt zugute kommt. Die englische Arbeiterschaft hat sich trotz der furchtbaren Arbeitslosigkeit, trotz der Jahre der Depression den höchsten Lebensstandard der gesamten europäischen Arbeiterschaft erhalten können. Die deutsche Arbeiterschaft hat im letzten Jahre manches zurückerobert, was im Nebel der Inflation versunken war. Hoffen wir in ihrem und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo sie trotz der schweren Bürden, die Deutschlands Wirtschaft auferlegt sind, sich annähernd dieselbe Lebenshaltung erobert, wie sie die englische Arbeiterschaft besitzt.

✲ ✲

Der Vorstand des englischen Bergarbeiterverbandes hat sich bereit erklärt, mit den Unternehmern in Verhandlung einzutreten. Die Lohnfrage soll bei den kommenden Verhandlungen nicht zur Sprache gebracht werden. Zur Behandlung steht nur die Lage im Bergbau, die diesbezüglichen bestimmenden Faktoren und die Möglichkeit einer Besserung. Der Bergarbeiterverband trifft die nötigen Vorbereitungen für die Erneuerung des im kommenden Juni ablaufenden Vertrages. Eine demnächst einzuberufende Landeskonferenz wird Stellung nehmen zu den Vorschlägen und Forderungen, die im Zusammenhang mit der Taiferneuerung von den Verwaltungsstellen gestellt worden sind.

Zechenstillegung.

Betrachtungen eines alten Bergmanns.

ih. Die Stillegung des Schachtes Beust, der Zeche Deutschland (Gewerkschaft Constantin der Große) ist beschlossen worden. Die Anlage soll nicht mehr rentabel sein. Ob eine Anlage rentabel ist oder nicht, kann nicht so ohne weiteres gesagt werden, die das eine oder andere zu beweisen haben, sind immer im Recht; da entscheidet wohl selten das Interesse des Allgemeinwohls, mehr das Ich-Interesse. Was stört es den „Ich“, ob zwei blühende Gemeinden und Hunderte von Einzelexistenzen, wie hier, wo es sich um das Leben und Sterben der Gemeinden Sprockhövel und Haßlinghausen handelt, gefährdet sind. Daß die Anlage zurzeit keinen Gewinn abwirft, kann man eventuell durch Zahlen nachweisen. Bei der „Rentabilität“ spielen jedoch eine ganze Reihe anderer Momente mit, mit denen vielfach die großen Fachleute getäuscht werden und die aus Mangel an praktischer Erfahrung sich vielfach selber täuschen, weil es ihr Brauch ist, nur mit Zahlen zu arbeiten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einige Fälle besprechen, die ich sehr gut zu beurteilen imstande bin. Ich bin seit 1882 Bergmann und arbeitete die letzten zwei Jahre bis zur Stillegung der Zeche Westfalia bei Dortmund (am 1. April 1895) auf dieser Zeche. Im Herbst 1894, als der neue Schacht Kaiserstuhl II der Gewerkschaft Westfalia hinter Hoesch so weit war, daß man die Bausohle ansetzte und die Tagesanlagen herrichtete, tauchte auf der Schachtanlage Westfalia das Gerücht auf, daß diese Anlage stillgelegt werden sollte. Das wollte kein Mensch glauben, selbst unser Steiger, ein Mann von über 50 Jahren, der Bergschüler vorbildete, schüttelte den Kopf.

Die eigentliche Ursache dieser Stillegung war folgende: Der Hauptförderschacht, der nach der vierten Sohle führte, war von unten und oben zu gleicher Zeit in Angriff genommen und fertiggestellt worden. Beim Aufbrechen und Abteufen hatte man aber die Richtung vermessen. Anstatt sofort einen richtigen Ausgleich zu schaffen, ist dann, sicher nicht ohne Einwilligung der Bergbehörde, in diesem Schacht, der in Holzzimmerung stand, ein kurzes Schrägstück geschaffen worden, das immer wieder zu größeren Reparaturen führte. Oft haben die Schmiede den Förderkorb, der sich hier mit vier leeren oder mit vier Kohlenwagen festgeklemmt hatte, zerlegt, so daß man den Förderkorb stückweise heraufziehen mußte.

Obersteiger Stern behauptete damals, die größte Sicherheit zur Ein- und Ausfahrt besteht, wenn man auf Kohlen- oder Steinwagen mit einem Schlag (Schnellfördertempo) fährt. Im Sommer 1894 landete Stern, der wieder einmal mit vier Kohlenwagen herausfuhr, nach einigen Minuten im Sumpf und war sofort tot.

Als man im Jahre 1890 auf Kaiserstuhl I (auf der zweiten Sohle) das nördliche Kohlenfeld durchfahren hatte, sagte der Direktor: „Für 30 Jahre haben wir auf dieser Sohle Kohlen. 1897 war es aber so weit, daß man aus dem Norden täglich nur 25—30 Prozent der Kohlenmenge förderte, wie vier bis fünf Jahre vorher, und man trug sich schon mit dem Gedanken, eine neue Sohle abzuteufen. Hierzu hatte man anscheinend die Gelder nicht bewilligt und es blieb nichts anderes übrig, als sich einen Betriebsführer zu suchen, der es verstand, aus dem versauten Pütt wieder eine große Kohlenzeche zu machen. Der Mann fand sich. Allerdings verlangte er ein höheres Gehalt als seine Vorgänger und — er wollte Betriebsführer sein und kein verantwortlicher Handlanger.

Die vorhandenen Betriebspunkte wurden praktisch ausgenutzt, überall wurden Vorrichtungsarbeiten ausgeführt, um wieder an die zerstreut steckenden Kohlenstücke heranzukommen. Dabei stieg die Förde-

auch ich, als ich 1898 dort Arbeit annahm. Innerhalb zweier Wochen sagte uns der Direktor dreimal von unserer Arbeit mit dem Bemerken: „Die Arbeit lohnt sich nicht. Meldet Euch beim Steiger, damit er Euch andere Arbeit gibt.“ Das dritte Mal geschah dies im Beisein des Betriebsführers — worauf dieser auf der Stelle dem Direktor seinen Fahrstock anbot mit den Worten: „So — da haben Sie zwei und dann bin ich überflüssig!“ Das war dem Direktor und Reichstagsabgeordneten Hilbk noch nicht passiert. Eine Lampe vor unserer Arbeit hing so, daß ich Hilbks Gesichtszüge gut beobachten konnte und bemerkte, daß sich in seinem Innern ein erregter Kampf abspielte. Eine Weile stand er still, dann verließ er unsere Arbeitsstelle, ohne ein Wort zu sagen. Der Betriebsführer blieb. Auf unsere Frage, was nun werden solle, sagte der Betriebsführer: „Treibt Ihr die Arbeit nur so weiter wie wir es besprochen haben, vorläufig bin ich noch Betriebsführer!“ Es dauerte kein Jahr, da ging der Direktor in die Wüste. Der Betriebsführer blieb und aus dem Norden förderte man noch viele Millionen Tonnen Kohlen.

Hätte man nicht gerade diesen Betriebsführer nach Kaiserstuhl I bekommen, der etwas vom Bergbau verstand, mit den Arbeitern umgehen konnte und den Mut hatte, gegen Dummheiten von oben anzukämpfen und sich durchzusetzen, dann wäre Kaiserstuhl I damals der Westfalia gefolgt. Man hätte an dem Rückgang der Förderziffer und dem mangelnden Gewinn nachgewiesen, daß der Pütt „unrentabel“ ist.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wirkungen der Eisenpreistreiberei.

Die Folgen der von der Rohstahlgemeinschaft durchgesetzten Preiserhöhungen für Roheisen, Stahl usw. zeigen sich u. a. in einem Beschluß des Verbandes Deutscher Gas- und Wasserarmaturenfabrikanten, die ihre Preise um 20 Prozent erhöhen. Die Erhöhung wird mit den gestiegenen Preisen für Rohmetalle begründet.

Zuckerwucher.

Die Zuckerindustrie Deutschlands ist in sechs großen Konzernen kartelliert, die im Laufe der Zeit neben den Rohzuckerfabriken auch die Raffinerien an sich gebracht haben. Sie fordern einen Zuckerzoll von 20 Mk. je Doppelzentner. Das macht bei einem Zuckerverbrauch von 13 Millionen Doppelzentner (der vor dem Krieg bestand und heute fast wieder erreicht sein dürfte) eine Liebesgabe von 260 Millionen Mark pro Jahr für die Zuckerproduzenten! Mit der Zuckersteuer würde dann der Zucker in Deutschland doppelt so teuer sein als auf dem Weltmarkt! Nun berechne man die direkte Verteuerung für die eigene Familie, um die Verrücktheit solcher Zollpläne zu erkennen!

Zusammenschluß in der chemischen Industrie.

Die Aufsichtsräte der Rhenania Verein Chemischer Fabriken A.-G. in Köln und der Chemischen Fabriken Kunheim & Co. A.-G. in Berlin haben beschlossen, der im Laufe des Februar 1925 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung die Genehmigung eines langfristigen engen Interessengemeinschaftsvertrages vorzuschlagen. In Erweiterung des im Juni 1924 geschlossenen Abkommens sollen in Zukunft die beiden Unternehmungen einheitlich geleitet werden. Zu diesem Zweck werden die Verwaltungsorgane einheitlich gestaltet. Die neue Gemeinschaft wird über insgesamt 14 in Mittel- und Süddeutschland, im Rheinland und an der Elbmündung liegende Fabriken sowie über eine Reihe von Nebenbetrieben (Schwerspatbergwerk, Kalkstein- und Phonolithbrüche usw.) verfügen. Die Verwaltungen versprechen sich von dem Zusammenschluß der beiden Gesellschaften wesentliche wirtschaftliche Vorteile, die insbesondere durch Zusammenlegung von Einzelbetrieben, Austausch von wissenschaftlichen, technischen und kaufmännischen Erfahrungen angestrebt werden. Dabei sollen die bisherigen Beziehungen zu in- und ausländischen Konzernen im Gemeinschaftssinne gepflegt und ausgebaut werden.

Eine amerikanische Anleihe

in Höhe von 10 Millionen Dollar hat die Siemensgruppe gegen Verpfändung von Rohmaterial und Waren abgeschlossen. Der Zinssatz beträgt 7 Prozent. Ebenfalls 10 Millionen Dollar hat die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft abgeschlossen. Die kurzfristigen Kredite, die Amerika an Deutschland gegeben hat, werden auf 100 Millionen Dollar geschätzt. Im ganzen hat Amerika 1924 538 Millionen Dollar Kredite nach auswärts gegeben.

Der privatkapitalistische Vormarsch in Sowjetrußland.

Wie die Russische Telegraphenagentur aus Moskau meldet, werden jetzt im Zusammenhang mit der beobachteten Zunahme der Beteiligung des Privatkapitals am Warenumsatz in der Sowjetunion zum erstenmal Aktiengesellschaften ausschließlich mit Privatkapital und auch gemischte Aktiengesellschaften unter Beteiligung von Privat- und Staatskapital gebildet. Die Regierung bestätigte das Statut zweier privater Aktienhandelsgesellschaften mit einem Kapital von je 150 000 Rubel.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Adolf Thiele †.

In Halle a. S. starb am 25. Januar der frühere Reichstagsabgeordnete Adolf Thiele im Alter von 72 Jahren. Der Verstorbene stand jahrzehntelang im Brennpunkt der mitteldeutschen Arbeiterbewegung und hat sein großes Können und Wissen, seine überragende Tatkraft und revolutionäre Energie auch den um die Verbesserung ihres Daseins ringenden mitteldeutschen Bergarbeitern, vor allem in Mansfeld und im Zeitz-Weißenfelser Revier, dienstbar gemacht. Adolf Thiele hat sich neben seiner hervorragenden publizistischen Tätigkeit in der Gewerkschaftspresse auch aktiv am Gewerkschaftsleben beteiligt. Das Gewerkschaftskartell Halle, das Arbeitersekretariat Halle (eines der ersten in ganz Deutschland) und das prächtige Heim der Halleschen Arbeiterschaft, der „Volkspark“, verdanken ihre Entstehung in erster Linie der unermüdlichen Tatkraft Adolf Thieles. Fünfzehn Jahre leitete er das Hallesche „Volksblatt“. Auch als Mitbegründer und mehrjähriger Vorsitzender des Vereins Arbeiterpresse verdient Adolf Thiele genannt zu werden. Mehr als 10 Jahre hat er dem Reichstag und später der Verfassunggebenden Nationalversammlung angehört. Ein ganzes Menschenalter hat dieser Kämpe im Dienste der Arbeiterbewegung unter größter Selbstaufopferung für die Ideale des Sozialismus und die Ideen der Arbeiterklasse gestritten. Sein Kämpferleben wird der jetzigen und den künftigen Generationen als leuchtendes Vorbild dienen.

Eine soziale Pastorenkonferenz

fand kürzlich in Berlin statt. Die Herren ließen sich von Deutschnationalen Vorträge über die Arbeiterbewegung halten. Ueber soziale Fragen der verschiedensten Art sprachen die Herren v. Borsig, Dr. Tänzler und Dr. Meissinger, die Vertreter der organisierten Unternehmer. In der Debatte kamen auch einige Christliche, wie Baltrusch usw., zum Wort. Die Unternehmervertreter stellten sich natürlich energisch auf den bekannten Unternehmerstandpunkt: erst die „Wirtschaft“, dann Lohn und Arbeitszeit!

Aus den Kreisen der Kirche sprachen u. a. Geh. Oberkonsistorialrat D. Dr. Duske, Generalsuperintendent Burckhard, Pfarrer D. Philipps und Prälat D. Schöll. Einige Gedanken aus der Aussprache: „Natürliche Reaktion nach der Revolution darf nicht zur dauernden Gesinnungsreaktion werden.“ „Wirtschaft ist richtig, aber: was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und Schaden nehme an seiner Seele.“ „Die soziale Botschaft der Kirche muß die Grundlage für den sozialen Frieden werden.“

In seinem Schlußwort betonte Geheimrat Borsig den Willen der Arbeitgeber zum sozialen Frieden.

Und da wundert sich die Kirche, wenn Millionen von Arbeitern für sie kein Verständnis haben! Wenn die Kirche sich arbeiterfeindlich

Internationale Rundschau.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam herausgegebene Vierteljahrsschrift „Die internationale Gewerkschaftsbewegung", die soeben ihren fünften Jahrgang begonnen hat, bringt neben Artikeln führender Gewerkschafter und bekannter Wirtschaftstheoretiker über aktuelle Arbeiterfragen auch alle offiziellen Dokumente und Beschlüsse des IGB. sowie die hauptsächlichsten Entschließungen nationaler und internationaler Gewerkschaftskongresse. Diese Zeitschrift ist für alle, die in der Gewerkschaftsbewegung aktiv tätig sind, sowie überhaupt für jene, die sich über die internationale Gewerkschaftsbewegung unterrichten wollen, ein unentbehrlicher Behelf. Vor allem ist sie für die Gewerkschafts- und Arbeiterbibliotheken von großer Bedeutung.

Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zusendung 5 Mk. pro Jahr. Probeexemplare werden durch den IGB., Amsterdam, Tesselschadestraat 31, unentgeltlich zugesandt.

Ein Jubilar.

Kollege Anton Hueber konnte vor einigen Tagen auf eine 30jährige Tätigkeit als Sekretär der österreichischen Gewerkschaftszentrale zurückblicken. Bei einer kleinen Erinnerungsfeier, die zu Huebers Ehren veranstaltet wurde, kam zum Ausdruck, welchen Dank die österreichische Arbeiterschaft Hueber schuldet und aus vollem Herzen entgegenbringt. Hueber hat auch stets an der Seite seines leider zu früh verstorbenen Karl Legien für den internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft gewirkt und über die Landesgrenzen Oesterreichs hinaus werden ihm die besten Wünsche für eine weitere erfolgreiche Tätigkeit entgegengebracht.

Knappschaftliches.

Neuwahlen zum Vorstand der Hannoverschen Knappschaft.

Auf Grund des Reichsknappschaftsgesetzes haben Neuwahlen zum Vorstand der Hannoverschen Knappschaft stattgefunden, nach denen sich der Vorstand wie folgt zusammensetzt: Als Vertreter der Arbeiter: Gewerkschaftssekretär H. Bode zu Hannover, Am Justizgebäude 14; die Knappschaftsältesten: Wilhelm Cronjäger zu Zellerfeld, Hoher Weg 41; Julius Hanau zu Peine, Braunschweiger Straße 7; Fr. Bölkening zu Röseböse Nr. 26 (Schaumburg); Gotthilf Einecke zu Hambühren bei Winsen a. d. Aller; August Willner zu Goslar, Peterstraße 9. — Als Vertreter der Angestellten: Fahrsteiger Karl Langwieler zu Mörse, Kr. Gifhorn.

Als Vertreter der Unternehmer: Bergwerksdirektor v. d. Heyde zu Bokeloh bei Wunstorf i. H.; Hüttendirektor Dr. Bergmann, Groß-Bülten bei Peine; die Oberbergräte Fischer zu Clausthal, Bellinger zu Goslar a. H., Bracht zu Barsinghausen und Justizrat Dr. W. Meyer zu Hannover, Wilhelmstraße 5.

Zu der am 19. Januar stattgefundenen ersten Vorstandssitzung sind gewählt worden: Zum Vorsitzenden Oberbergrat Heckel zu Vienenburg; zu Stellvertretern: Gewerkschaftssekretär H. Bode zu Hannover und Fahrsteiger Langwieler zu Mörse, Kr. Gifhorn.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Zahlstelle Issum. Uns wird noch nachträglich mitgeteilt, daß der Kamerad Wilhelm Gerwers am Heiligen Abend durch herabfallendes Gestein im Schacht der Zeche Fr. Heinrich bei Lintfort tödlich verunglückte. Wir trauern um einen allzeit treuen und opferbereiten Funktionär und Kameraden.

Zahlstelle Rödlitz. Am 23. Januar starb an Herzschlag unser treues Mitglied, der Kamerad Hermann Sorge, im Alter von 64 Jahren. Er gehörte mit zu den Begründern unserer Gewerkschaftsbewegung und war ein unermüdlicher Funktionär für unsere Sache bis zu seinem Tode. Den Jungen war dieser alte Kämpe stets ein Vorbild treuer Pflichterfüllung im Dienste der Arbeiterbewegung. Seiner werden wir stets ehrend gedenken.

Die Wirksamkeit des Gesteinsstaubverfahrens.

Das Preußische Oberbergamt in Dortmund teilt mit:

Wie bereits weiteren Kreisen bekannt sein dürfte, sind Bergbehörde und Bergbau zurzeit dabei, auf den in bezug auf Schlagwetter und Kohlenstaub gefährlichen Zechen des Dortmunder Oberbergamtsbezirks als Sicherung gegen Explosionen das Gesteinstaubverfahren durchzuführen. Dies Verfahren hat seine Wirksamkeit neuerdings in zwei Fällen wiederum einwandfrei bewiesen.

Auf den Zechen Radbod und Westfalen im Bergrevier Hamm sind vor kurzem bei der Schießarbeit Schlagwetter entzündet worden. Menschenleben sind dank der getroffenen Sicherungen nicht zu beklagen. Explosionsstelle war auf Zeche Radbod das Ort einer Strebstrecke, auf Westfalen ein Wettersohlen-Querschlag, der erweitert wird. Die Flammenwirkung ist in beiden Fällen sehr erheblich gewesen und reicht im ersteren über 35 Meter, im letzteren sogar über 85 Meter hinaus. Die Explosionen haben aber infolge der auf beiden Zechen durchgeführten völligen Einstaubung der Strecken mit Gesteinstaub nicht auf den vorhandenen, an und für sich sehr explosiblen Kohlenstaub übergreifen können, da dieser durch die Beimengung des Gesteinstaubes unentzündbar geworden war. Auf diese Weise ist in beiden Fällen ein Unglück vermieden worden, das einen unberechenbaren Umfang hätte annehmen können.

Radbod und Westfalen gehören zu den Zechen, die das Gesteinstaubverfahren bereits für das gesamte Grubengebäude verwenden. In beiden Fällen ist die Vollstreuung in Verbindung mit Hauptsperren in Gebrauch.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Eine interessante Arbeitsgerichtsverhandlung.

Der beleidigte „Proletarier".

Ein für die Arbeiterschaft wichtiges Urteil sollte das Arbeitsgericht Wattenscheid in der Frage: **Ist die Beleidigung des Menageverwalters vom Ledigenheim ein Grund zur fristlosen Entlassung?** Es handelte sich um folgenden Vorgang:

Der Bergarbeiter Hornemann aus Annen wurde nach der Stillegung von Zeche Hamburg nach Rhein-Elbe überwiesen. Logis bekam er im Ledigenheim der Zeche. Am 22. Oktober, abends, kam H. mit mehreren Kameraden aus der Stadt. Als Hornemann den Menageverwalter sah, faßte er ihn am Arm und zog ihn auf einen Stuhl, wobei er sagte: „Du, ich habe Dir was zu sagen: Mußt nicht denken, daß ich „Sie" zu Dir sage, denn Du bist gerade so gut ein Proletarier wie ich!" Hierdurch hatte Hornemann ein großes Kapitalverbrechen begangen. Der Menageverwalter meldete das „große Verbrechen" der hohen Obrigkeit, — in diesem Falle dem Assessor Huck — und die Folge war die fristlose Entlassung Hornemanns. H. erhob auf Grund des § 84 Abs. 4 BRG. Einspruch gegen seine Entlassung. Vor dem Arbeitsgericht machte der Assessor Vogt als Vertreter der Beklagten geltend, daß die Menage eine Wohlfahrtseinrichtung der Zeche und als solche einen Teil des Zechenbetriebes darstelle. Ferner sei der Menageverwalter Angestellter der Zeche und die Menage der Zechenverwaltung unterstellt. Da nun H. den Menageverwalter beleidigt habe, so sei die Verwaltung von Rhein-Elbe berechtigt gewesen, H. fristlos zu entlassen und zwar auf Grund des § 82 Abs. 5 des Allgemeinen Berggesetzes. Von dem Vertreter des Klägers wurde bestritten, daß die Menage ein Teil des Zechenbetriebes sei, denn weder

eingeräumt worden, noch werde dort der Zechentarif gezahlt. Außerdem sei die Beleidigung auch derart geringfügig, daß sie unmöglich als Entlassungsgrund gelten könne. Das Wort „Proletarier" an sich sei keine Beleidigung, denn Proletarier seien alle Hand- oder Geistesarbeiter, sofern sie nur als Einkommen ihre Arbeitskraft hätten und keine sonstigen Vermögens- oder Kapitalwerte als Rückendeckung besäßen. Das Gericht schloß sich in seiner Entscheidung den Ausführungen des Klagevertreters an und entschied gegen die Zechenverwaltung.

Als der Assessor Vogt sah, daß ihm die Felle wegschwammen, stellte er sich auf den Standpunkt, daß ein Entschädigungsanspruch H. nicht zustehe, da H. noch kein Jahr im Betriebe sei und ein Anspruch erst bei einjähriger Beschäftigung Geltung habe. Würde sich das Gericht dem Standpunkt Vogts angeschlossen haben, so wären alle Bergarbeiter, solange sie noch kein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, vogelfrei. Während dem Arbeiter bei Kontraktbruch drei Schichten abgehalten werden, stände es dann andererseits dem Unternehmer frei, jeden ihm unbequemen Arbeiter, solange er noch kein Jahr im Betriebe ist, ungestraft auf die Straße werfen zu können.

Die Neunstundenschichtler auf Hugo III.

Das „Ruhr-Echo" vom 18. Januar bringt auf der ersten Seite einen Artikel: „Neunstundenschicht auf Hugo III". In diesem Artikel wird ausgeführt, daß auf Hugo III der Anfang der Neunstundenschicht gemacht würde und daß unter den Verfahrern der Neunstundenschicht auch ein Betriebsratsmitglied des Bergarbeiterverbandes sei. Dies trifft nicht zu. Richtig ist, daß das betreffende Betriebsratsmitglied Mitte vorigen Jahres dem Bergarbeiterverbande den Rücken kehrte, weil ihm dieser nicht radikal genug war. Daß jetzt die Neunstundenschicht von dem dem Bergarbeiterverbande an die Rockschöße gehängten Betriebsratsmitgliede auf Zeche Hugo III freiwillig verfahren wird, ist wohl darauf zurückzuführen, daß dieser schon längere Zeit Leser des „Ruhr-Echo" ist.

Zur Sache selbst ist anzuführen, daß von den 27 Mann auf Hugo III, die die Neunstundenschicht freiwillig verfahren, kein einziges Mitglied des Bergarbeiterverbandes ist. Zu verstehen ist, daß die Unternehmer alles versuchen, um die Arbeitszeit zu verlängern, wozu sie leider, wie der obige Fall zeigt, willfährige Elemente bekommen. Nicht verstehen kann man dagegen, daß 27 Mann, darunter eine Anzahl recht „Radikale", die dem „Ruhr-Echo" nahestehen, freiwillig dem Unternehmertum auf den Leim hüpfen. Wenn im Schlußsatze des Artikels gesagt wird, daß bei der bevorstehenden Betriebsratswahl eine klare Entscheidung herbeigeführt werden muß, indem nur „rote Betriebsräte" gewählt werden sollen, so wünschen wir schon jetzt recht viel Glück, denn zweifellos werden sich unter den Bewerbern zu den Betriebsrätewahlen für die „roten" Listen eine ganze Anzahl der „Radikalen" befinden, die freiwillig 9 Stunden verfahren.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Ein seltenes Jubiläum in der Zahlstelle Stollberg (Erzgeb.)

Zwei Mitglieder unseres Verbandes, Vater und Sohn, konnten ein seltenes Jubiläum feiern. August Hahn sen., der jetzt 72 Jahre alt ist, gehört der freien Bergarbeiterbewegung ununterbrochen 45 Jahre an. Er schloß sich 1880 dem sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband an und trat nach dessen Auflösung unserem damals neugegründeten Bergarbeiterverband bei. Sein Sohn August Hahn jun. feierte an demselben Tage das 25jährige Jubiläum seiner Verbandszugehörigkeit. Dieser Fall von ungebrochener Treue zur Arbeiterbewegung, in der Familientradition verankert, verdient eine ganz besondere Würdigung. Möge dieses Beispiel allen Kameraden ein Ansporn zu weiterer Tätigkeit für die Bewegung sein. Den Jubilaren wünschen wir noch viele frohe und heitere Stunden im Kreise gleichgesinnter Kameraden.

Die gelbe Gefahr der Grube Alwine.

Wie es in ehemalig bolschewistischen Hochburgen zugeht.

Die unduldsamsten Leute sind zurzeit die mitteldeutschen Bergwerksdirektoren. Die behaupten zwar, volles Verständnis für die wirtschaftliche Lage ihrer Arbeiter zu haben. Diese Behauptung steht mit ihren Taten allerdings im schroffen Widerspruch. Den Bergarbeiterverband fürchten sie wie das Feuer und sie lassen keine Möglichkeit vorübergehen, ihr Mütchen an den Funktionären des Verbandes zu kühlen. Einen besonders krassen Fall, der einige Wochen zurückliegt, behandeln wir aus naheliegenden Gründen erst heute. Ein Fall, der beweist, daß Werksleitung und Betriebsrat übereinstimmend der Meinung sind, die Zugehörigkeit zum Bergarbeiterverband sei ein Entlassungsgrund. Auf der zum Bruckdorf-Nietlebener Bergbauverein gehörenden Grube arbeitete bis vor kurzem seit 12 Jahren der Bergmann W. Er hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen und war ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter, was ihm durch zwei glänzende Zeugnisse bestätigt wurde. Die Belegschaft der Grube war bis zum vorigen Jahre überradikal; dann kam der Umschwung. Der KPD.-Betriebsratsvorsitzende wurde völkisch.

Langsam nur gewann die Organisation wieder Boden. Der Direktion war die gewerkschaftliche Tätigkeit W.'s bekannt, und um den Anfängen zu wehren, entließ sie ihn einige Tage vor Weihnachten plötzlich. Er hatte wenige Tage vorher eine Gewerkschaftsversammlung geleitet, an der, da diese öffentlich war, ein „Werksgesandter" teilnahm. W. erhielt, wie schon erwähnt, nach 12jähriger einwandfreier Arbeit auf dem Werk, glänzende Zeugnisse. Er erhob gegen seine Entlassung Einspruch beim Betriebsrat, und dieser, ein williges Glied des gelben Vaterländischen Arbeitervereins, stimmte, ohne W. in der fraglichen Arbeiterratssitzung zu hören, dem Vorschlage der Grubenleitung zu. Der Arbeiterrat billigte die Entlassung. Die Bitte W.'s, diesen unglaublichen Beschluß aufzuheben, um dem Arbeitsgericht die Möglichkeit der Nachprüfung der Entlassungsgründe zu geben, wurde durch ein dem Betriebsrat ganz offenbar von der Grubenleitung diktiertes Schreiben abgelehnt, weil man „genügend orientiert" sei. Dieses seinen Kameraden so schwer schädigende Diktat schämte sich der Betriebsratsvorsitzende Wittig nicht, mit seinem Namen zu decken. Kein Wunder für den, der weiß, daß der eigentliche Führer dieser gelben Werksgemeinschaft und intellektuelle Vorsitzende des Betriebsrats der sogen. „Werksbevollmächtigte", ein ehemaliger Hauptmann ist, der erst kürzlich wegen Beleidigung eines Gewerkschaftsbeamten, den er „Bonze" genannt hatte, vom Amtsgericht bestraft worden ist.

Wie höhere Werksbeamte übrigens über die werksgemeinschaftliche Tätigkeit denken, illustriert folgender Vorgang: Auf Kosten des Werkes sollte ein Belegschaftsmitglied die Unternehmer-Wirtschaftsschule in Berlin besuchen. Diese Tatsache wurde dem Betreffenden durch den genannten Beamten mit den Worten mitgeteilt: **„Du dummes Schwein sollst nach Berlin auf die Schule und rechnen und schreiben lernen."** Die Dümmsten sind nach Ansicht der Direktoren gerade gut genug, zum Führer der Werksgemeinschaft erzogen zu werden.

Mögen die Kameraden diese Zustände ändern und sich dem Verbande anschließen!

Zusammenbruch der kommunistischen Betriebsräteaktion für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die Kommunistische Partei hatte für Sonntag, den 1. Februar die mitteldeutschen Betriebsräte des Bergbaues zu einer Konferenz nach Halle eingeladen, um Stellung zu nehmen zur Lage im Bergbau. Um die Veranstaltung zu füllen, waren Betriebsräte aller Parteien und Gewerkschaftsschattierungen — und natürlich auch die Unorganisierten — eingeladen. Die Kosten trug die Kommunistische Partei. Die Betriebsräte sind nicht auf den Leim eingegangen, sie haben den Drahtziehern eine wohlverdiente Absage bereitet. Aus etwa 255 Betrieben waren rund 30 Delegierte erschienen. Diese 30 Delegierten wollten 2000 Betriebsräte vertreten. Dabei waren ganz wichtige Reviere, so das Geiseltal, Bitterfeld und andere überhaupt nicht vertreten. Die Konferenz wurde durch den kommunistischen Abgeordneten Rosenbaum er-

Wilhelm Könen übernommen. Das ist in der Regel immer so. Wenn die Kommunistische Partei Putschgedanken hegt und ihre Mitglieder quantitativ und qualitativ keine Gewähr für die Durchführung eines solchen Unternehmens bieten, dann kommt Herr Wilhelm Könen und benutzt zu diesem Vorhaben andere organisatorische Einrichtungen. Die Betriebsrätekonferenz sollte also weiter nichts als ein großkommunistisches Vorhaben legitimieren. Worauf es ankam, hat Herr Könen auch mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Kampfvorbereitungen bis zum 28. Februar beendet sind. Die Kommunistische Partei habe das größte Interesse daran, daß jeder kommunistische Bergarbeiter sich im Bergarbeiterverbande organisiere, sie habe aber kein Interesse, Mitglieder für die Bureaukratie des Verbandes zu sammeln, sondern lediglich eine kampferprobte Kämpferschaft für „unsere Bewegung" (die Kommunistische Partei) zu schaffen. Man müsse die Kampfkraft in den Betrieben feststellen, um dann zum geeigneten Moment losschlagen zu können. Und wieder wies Könen darauf hin, daß der Großkampf im Ruhrgebiet auf das beste organisiert sei. Dann müsse man in allen Zahlstellen Neuwahl der Ortsverwaltungen vornehmen und diese durch Kommunisten besetzen. Diese Maßnahme sei dringend nötig, weil sie die beste Gewähr biete, daß ein solcher Funktionärkörper am ehesten die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie beseitigen kann. Eingeleitet werden solle die ganze Bewegung mit einer 40prozentigen Lohnforderung.

Das sind dieselben Töne, mit denen Könen am 12. August 1923 die mitteldeutschen Betriebsräte in den politischen Putsch trieb. Jetzt sehen die Kommunisten, daß es im Bergarbeiterverband wieder aufwärts geht und nun benutzt man diese Bewegung zum Schaden der Bergarbeiter für die kommunistischen Ziele. Das ist die Art, wie die kommunistischen Führer die Einheitsbewegung der Gewerkschaften fördern wollen. Es hat sich am System gar nichts geändert. Nach wie vor kommt es den kommunistischen Führern nicht auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter an, sondern lediglich nur auf den Kampf gegen die Gewerkschaften und ihrer Führer.

In der Aussprache wandten sich auch einige Betriebsräte gegen Könen und brachten zum Ausdruck, daß die politischen Parteien in die Gewerkschaftsführung überhaupt nichts hereinzureden hätten. Es gab auch solche, die anderer Meinung waren, und zu diesen gehört der Betriebsrat Wessel aus den Mansfelder Betrieben, der zum Ausdruck brachte, daß nicht mehr der Bergarbeiterverband das Recht der gewerkschaftlichen Führung habe, sondern man würde in Kürze beweisen, daß die Führung der gewerkschaftlichen Veranstaltungen den Kommunisten gehöre.

Zum Schluß wurden einige Kampfentschließungen angenommen, darunter auch die unvermeidliche Amnestieforderung der politischen Gefangenen.

Den Alten zur Ehr — **Jubiläumstafel** — Den Jungen zur Lehr

Zahlstelle Wiescherhöfen: Gottfried Tiefenbach, Herm. Ludwig (20 J.); Heinrich Schenk (30 J.) — Zahlstelle Würselen: Joh. Baumann (25 J.) — Zahlstelle Eigen-Bottrop: Heinrich Lückel, Karl Berschat (25 J.) — Zahlstelle Oespel II: August Dähne, Otto Jäger, Wilh. Jäger, Heinrich Bäcker, Aug. Lange. — Zahlstelle Harpen: Simon Klee, Friedr. Katthage, Wilh. Borschel, August Kannenberg (35 J.). — Zahlstelle Rotthausen: Peter Müller, Ferdinand Ibens, Heinrich Peppmüller sen., Heinrich Wissen sen., Christian Pütz, Joh. Koppers, Johann Deubel, Michael Nowack, Fritz Oster, Franz Postler. — Zahlstelle Auerbach i. Sa.: Wilh. Brückner, Hermann Bauer, Arno Lenk, Paul Müller, Wilhelm Thieme, Hermann Rößiger. — Zahlstelle Lintfort: Wilh. Hampel, Paul Rieger, Fritz Lagemann, Karl Brunne, Paul Deuse. — Zahlstelle Culitzsch: Kurt Strobel. — Zahlstelle Lünen-Stadt: Wilhelm Malz, Wilhelm Stucht, Paul Effenberg, Paul Hartmann, Emil Heidenreich, Josef Ottenjahn, Ewald Demtröder, Clamor Schmidt. — Zahlstelle Altstaden: Ernst Bungert, Wilhelm Bahn, Paul Klein, Julius Scholz, Bruno König, Johann Jansen, Franz Bening, Johann Breszonska, Oswald Mose, August Spitzer, Johann Horst, Heinrich Spieker, Joh. Hellmig, Julius Weke, Wilhelm Straube, Diedrich Ohletz, Hermann Binner, Wilh. Rosemann, Peter Brand, Wilhelm Hildebrand. Zahlstelle Bottrop III: August Schwarze.

Zur Beachtung! Allen Zuschriften für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innegehabte Verbandsämter der Jubilare enthalten. Andere Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Wer nie Verbandsfunktionen ausübte, kann nicht berücksichtigt werden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 7. Woche (vom 8. bis 14. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bibliothek.

Kirchhörde. Die Bibliothek bleibt im Februar geschlossen. Mitglieder, die im Besitz von Büchern sind, müssen dieselben sofort beim Kameraden Otto Zimmermann abgeben. Neuausgabe erfolgt ab 1. März.

Bücherrevision.

Lintfort. Im März werden die Mitgliedsbücher eingezogen. — **Röhlinghausen.** Vom 15. bis 25. Februar. — **Dortmund I.** Ab 15. Februar werden die Mitgliedsbücher zwecks Revision eingezogen.

Krankengeldauszahlung.

Schönebeck. Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr beim Kameraden Breidenbach, Kleestraße 33 b.

Kirchhörde. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 10—11 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Aug. Späh, Provinzialstraße 12 b.

Heeßen. Jeden ersten Sonntag im Monat beim Kassierer Fritz Menke, Bockelweg 32.

Wer kennt die Adresse? Wir bitten die Kameraden, nach der Adresse des Arbeiters Peter Wirschen, geboren am 4. 8. 1880 zu Allenz bei Mayen, der sich im Ruhrgebiet aufhalten soll, zu forschen und an den Kameraden Gerharz in Mayen, Bachstraße 16, weiter zu geben.